



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

Digitale Sammlungen

1932

21.07.1932 (Nr. 157)



Bremer Nationalsozialistische Zeitung

Verlag und Geschäftsstelle: Papenstraße 15, Redaktion: Langen-
straße 18, Sprechstunde der Redaktion: Montag bis Freitag von
18 bis 19 Uhr. Fernsprecher: Domstraße 258 78.
Die Zeit erscheint werktags und kostet RM 1.90 frei Haus,
durch die Post zuzüglich 36 Pf. Bestellgeld.

Parteiamtliches Organ der
Bremer Nationalsozialisten

Anzeigen: die 10 gespaltene mm-Zeile RM 0.10, auswärts
RM 0.12; im Viertel RM 0.50, auswärts RM 0.70; Stellenausschreibung
RM 0.06; sonstige kleine Anzeigen RM 0.08. Platzvorschrift ohne
Verbindlichkeit. Bei Betriebsstörungen, Streik, Verbot usw. hat der
Bezieher keinen Anspruch auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Hitler in Bremen 50 000 jubelten dem Führer zu Mit uns der Sieg! Ganz Bremen auf den Beinen

Noch einmal vor der Nachkriegszeit der
NSDAP führt der Führer Flug durch
Deutschland. Von den bayerischen Bergen,
wo er noch vor kurzem weilte, ging es im
sanften Tempo ins Grenzland, Schwaben,
Näuren. Von weit her, zu Fuß, auf
Rädern, Lastwagen kommen sie, um den
Führer zu sehen. Überall die gleiche
Freude und Begeisterung, die ihn empfängt.
Adolf Hitler ist schon lange der populärste
Mann in Deutschland. Mit Reiz und Bos-
heit sehen die Feinde, wie er beginnt, das
Volk zusammenzuschließen. Von Tag zu
Tag werden es mehr die zu seinen Fahnen
sehen. Doch immer noch sind es nicht ge-
nug. Der 31. Juli muß die Entscheidung
bringen, die lautet, Deutschland ist unser!
Und wieder treten die Stürme an zum
Dienst, den werden wir immer lebend sich be-
mächtigen, den werden wir erlösen! Voran der
Führer, er selbst, Adolf Hitler, gibt seinen
Leuten das beste Beispiel in vorröcherlicher
Schlachtlinie, ringt er um sein Volk. Von
der Liebe des Volkes getragen, treibt es
ihn an, nicht eher zu ruhen und zu rasten,
bis das Ziel erreicht ist. Deutschland muß
unser werden!

Nicht um persönliche Vorteile, nicht um
Bremen geht es, sehr gilt es, alles zu ge-
winnen oder zu verlieren. Deutschland
warschier.

Langsam fidiert es durch. Es läßt sich
nicht mehr geheimhalten. Der Führer wird
in diesem letzten Wahlkampf auch in Bre-
men sprechen. Vermutungen werden aus-
getauscht, Betrachtungen angestellt. Ge-
naueres läßt sich nicht erfahren. Gewiß, er
kommt. Wann, unbestimmt. Endlich, einige
Tage vorher schreibt die Presse: Adolf
Hitler kommt am Mittwoch nach Bremen.
Ein Sturm auf die Kartenverkaufsstellen
seht ein. Die Telefonie klingelt tagsüber
ohne Unterbrechung. Jeder möchte ein
Platzchen haben, jeder einmal seinen Füh-
rer sehen.

Das Stadion, das uns zum ersten Mal
zur Verfügung gestellt worden ist, fast zig-
tausende von Menschen, ein Platz, den an-
dere zu Verammlungswecken niemals fal-
len könnten. Die NSDAP schafft es. Ja,
für sie ist es fast noch zu klein. Lange
bevor der Führer sprechen soll, sind die
Karten ausverkauft. Unantastbare Elemente
treiben bereits am Morgen der Veran-
staltung einen schwunghaften Handel mit auf-
gekauften Karten. Antastbare Preise von
20-35 Mark Höhe werden genannt. Und
sie werden bezahlt, denn sie sind ihren Be-
sitzern nicht wohl wert, wie einmal Adolf
Hitler hören und sehen.

Echnfüchtig wird der Mittwoch erwartet.
Endlich ist er da. Die Stürme und die
Ortsgruppenleitung haben alle Hände voll
zu tun. Gibt es doch zur Hitler-Kundge-
bung zu rufen. Die Lautsprecheranlagen

müssen gelegt werden. Alles ist mit Vor-
bereitungen beschäftigt, im Fluge vergeht
so die Zeit.

Der Mittag rückt heran. Schon glänzt
die Stadt im Flaggenschmuck. Vom Winde
leicht bewegt, leuchten die Farben der Deut-
schen Freiheitsbewegung im Stadtbild. Das
schwarze Kreuz auf weißem Feld im
toten Grunde, weiß in den Straßen, dem
Führer zum Willkommen, der noch am
selben Tage in Kiel und Hamburg spricht.
Aber kommen muß er doch!

Der Marsch zum Stadion

Am frühen Nachmittag bereits seht eine
Völkerverammlung zur Weser ein. Männer,
Frauen, Mütter, Kinder, Greise, alles was
noch laufen kann, ist in Bewegung. Einige
tragen Klappstühle und dicke Butterbrote
unterm Arm. Im Stadion angelangt, wol-
len sie sich häuslich einrichten. Die SA
und SS sorgt in vorbildlicher Weise.

Alte werden angewiesen, auf ihre Gänge
hin, unterführt, denn jeder möchte Adolf
Hitler doch gerne sehen und hören. Jetzt

ist das ja noch alles möglich, solange die
Vorbereitungen getroffen werden. Bald ist
aber auch das erledigt. Die Fahnen sind
aufgezogen. Siegreich flattern die Banner
im Wind, inmitten der Bremer Farben.

Mehr und mehr Menschen kommen. Schon
sind die ersten Reihen gefüllt. Die Polizei
hat in vorbildlicher Weise für den Anmarsch
gefordert. Wagen auf Wagen rollt an. Links
vom Platz selbst ist ein großer Parplatz ein-
gerichtet. Geübte Verkehrsbeamte regeln
hier den Verkehr. Auch ihnen sieht man
die Freude an, an dem Erfolg dieses Tages
mitarbeiten zu dürfen und sie geben sich
wirklich Mühe, den einzelnen Ansprüchen
und Wünschen gerecht zu werden.

So geht allmählich eine Stunde nach der
anderen hin. Der Himmel, der noch am
Morgen „unbestimmt“ zeigte, färbt sich all-
mählich grau und richtig. Es regnet. Keine
Wassertropfen rieseln herab. Wenn könnte
das fügen? Mäntel werden angezogen und
Aufschläge werden hochgeschlagen, und so
verspricht jeder dem zürnenden Wettergott
zu trosten. Der gibt den Kampf auch bald
auf und zeigt die Mehrheit, sein lächelndes
Gesicht. Und so ist es fast, als wollte ge-
gen Abend die Sonne für Regenbilde noch
einmal den Platz beleuchten, auf dem der
Feld des Lichts, später zu den Massen
sprechen wird, die sich immer dichter drän-
gen. In langen Schlangen kommen sie
zugewisse heran. Soweit das Auge blicken
kann, nichts als Menschen und Menschen.
In unübersehbaren Mengen drängt es
heran. Geduldi hatten sie der Dinge,
die da kommen sollen.

lungen ist, erscheint ein leuchtender Punkt
am Horizont, der näher und näher kommt
und plötzlich über uns ist. Das Flugzeug,
das den Führer bringt! Im Glanz
verschwindet es in der Richtung des Flug-
platzes. Jetzt sind die Massen, die bis da-
hin in atemloser Spannung gelauscht haben,
nicht mehr zu halten. — Die Kapelle schmet-
tert ihre Beisen.

Fackeln brennen auf

Unterdessen hat die SA im Halbkreis
auf dem inneren Ball Aufstellung genom-
men. Auf ein Zeichen flammt es auf.
Hundert und aberhundert Fackeln erhellen
den Platz. Dunkel haben sich die Gesalten
ihrer Träger vom Himmel ab. Ein Kom-
mando:

Der Führer kommt

Durch die Sperrkette der SS. schreitet
Adolf Hitler.

Erst und blaß ist sein Gesicht, und doch
geht ein inneres Leuchten über seine Züge,
als die ersten seiner anständig werden.
Dramatisch steht sich der eine auf fort.
Hitler, Heil Hitler! Im Echo schallt es
aus. Derjenige, dem es gilt, schreitet
unter den erhobenen Armen der Menge die
Stufen zum Podium empor und hebt die
Hand zum Gruß. Und wieder brandet es
auf, das „Heil“, und will kein Ende neh-
men. Der Führer ist da. Blumen über
Blumen riechen auf ihn herbei. Der Führer
steht der Mann da, dem alle diese Geben-
gen gelten und keiner, der ihn nicht kennt,
würde in diesem Augenblick in ihm den
Führer des neuen Deutschland vermuten.
So steht er vor seinem Volke, einer der
nicht mehr sein möchte als alle anderen, und
dann wieder reißt es ihn fort, das eigene
Müß und er denkt an die Pflicht, an
Deutschland, das ihm keine Ruhe läßt.
Dann wird er hart, stahlhart, aus seinen
Augen blüht das heilige Feuer des Fana-
tismus. Die tiefe Gult der Liebe zu sei-
nem Volk und es ringt sich los in ihm der
eine Satz, der alles bedeutet:

Deutschland muß leben

Was bist du, ich, wir? Nichts, Spreu im
Wind. Deutschland und immer wieder
Deutschland ist alles. Deutschland soll und
muß leben, wenn wir auch sterben müssen.
Zündend schleubert der Führer seine Worte
in die Masse. Sie zünden tausendfach. Die heilige
Flamme brennt, springt über vom
Volk zum Führer, der über sich hinaus-
wächst. Groß und majestätisch steht er da
und während das Volk seinen Worten
lauscht, wird er frei und leicht. Wie Feuer-
schläge lauten die Sätze herab: „Ich
habe kein Recht, Rechenschaft zu fordern!“
13 Jahre hatet ihr Zeit.“

Jeder lauscht innerlich erfasst und gepackt
den Worten des Mannes, der da spricht
von dem Werden der deutschen Nation.

(Ausführlicher Bericht der Fackelrede auf
Seite 2.)

Die Bremer SA. kommt

Jetzt rücken sie heran. Von brausendem
Beifall empfangen, zieht die Bremer SA.
Garde auf und beginnt sofort mit ihren
Darbietungen angenehm zu unterhalten.
Kette Märsche schmettern in den Abend
und lassen nicht müde werden. In allen
Farben wogt es hin und her. SA in braun
und die mit Recht so gefürchtete und
geachtete SS in ihren schwarzen Hosen.
Freude und helle Begeisterung blüht aus
allen Augen. Der Führer kommt und soll
alles in besser Ordnung finden. Achtung,
Achtung! Wie auf Kommando werden die
Gaden zusammengekommen. Die Arme
reden sich zum Gruß. Der Stabarten-
führer kommt. In Begleitung seiner Unter-
führer inspiziert er, ob alles am richtigen
Platz ist.

Dann kann es losgehen. Die Spannung
wächst von Minute zu Minute. Alle Blicke
sind auf die Tribünen gerichtet, die unter
der Last schier zusammen zu brechen drohen.
Die Übertragungsgeräte werden über-
prüft. Alles klappt. Es kann losgehen.

Auch die Bremer Stadion-Verwaltung
hat ihr Bestes getan.

Und richtig, von den begeisterten Massen
mit lautem Handklopfen begrüßt, erscheint
der obersächsisch Ministerpräsident Hg.
Käbe und nimmt auf dem Podium Platz.
Hoch in den Lüften zieht ein Züger seine
Reihe und kreuzt über die Stätte, an der
Tausende von Bremern ihres Führers har-

ren. Dichtgedrängt stehen sie. Der Oster-
reich gleich einem Heerlager. Eine große
Zahl von Neugierigen hat hier Aufstellung
genommen. Die besten Plätze sind in festen
Händen und werden von der bremischen
Jugend standhaft verteidigt. Auf Sockeln
und Vorprüngen haben sie ihren Standort
aufgerichtet und haben so eine gute Über-
sicht auf das Stadion, in dem die Span-
nung der Siebtehtje gleicht.

Langsam senkt sich die Dämmerung her-
unter. In einiger Entfernung singt die
Weser ihr uraltes Lied, während der Him-
mel ungetrübter erscheint. Heute ist der Tag
an dem jedem einzelnen noch einmal die
Gelegenheit gegeben ist, den Mann des
kommenden Reiches von Angesicht zu Ange-
sicht zu sehen, und die, die seinem Ruf folg-
ten, sind sich der Fierlichkeit der Stunde
wohl bewußt, denn näher rückt die Entsch-
dung heran, die den Grundstein legen wird
für alle Zukunft.

Pg. Röver spricht

Nach kurzen einleitenden Worten, erteilt
Konst. Bernhard, dem obersächsischen Mi-
nisterpräsidenten Hg. Röver (dessen Rede
wir im Innern des Blattes bringen) das
Wort. In atemloser Stille lauscht die
Menge seinen Ausführungen und hört aus
seinem Munde, den Bericht über die Tätig-
keit der nationalsozialistischen Regierung in
Döbenru. Nachdem das letzte Wort ver-

Adolf Hitler erklärt:

„Wir sind die Partei Deutschlands“

Meine deutschen Volksgenossen und Volksgenossen!

Ich glaube, es ist kaum jemand unter Ihnen, der noch Zweifel darüber hegen wird, daß in der Wahl vom 31. Juli über mehr entschieden wird und entschieden werden muß, als über eine rein parlamentarische Angelegenheit, über mehr als über eine Koalition, über mehr selbst als über eine neue Regierung. Wir alle haben das Gefühl, daß Deutschland einer geschichtlichen Entscheidungsfunde entgegensteht, einer Entscheidungsfunde, die notwendig kommen muß, wenn nicht jetzt, dann erst später, in der entschieden werden muß in Deutschland die Frage, ob der Geist unserer internationalen Vergiftung in all den Jahren alter Parteien weiter herrschen soll oder ob endlich das deutsche Volk wieder zu sich selbst kommen muß. Die Gegner selbst kennen die Schwäche ihrer Position. Sie möchten so gerne heute darüber diskutieren, was in den letzten

sechs Wochen geschehen ist und was vielleicht geschehen wird. Sie glauben damit an eheften die Diskussion zu befechtigen über die dreizehn Jahre, die hinter uns liegen und über das, was in den dreizehn Jahren geschehen ist. Sie tun heute so, als ob augenblicklich ein schweres Verbrechen gegen die Freiheit, gegen das Leben, gegen das soziale Glück, gegen den Handel, wie ich sogar aus einer Zeitung gelesen habe, teils geschehen ist, teils beabsichtigt sei. Wir können demgegenüber die Frage erheben, wo ist denn die Freiheit, wo ist das deutsche Leben, wo ist das soziale Glück, wo ist die Wirtschaft, wo ist der Handel in den dreizehn Jahren hingekommen. Wo sind sie hingekommen all die Dinge, für die sie jetzt plötzlich mutig kämpfen wollten. Sie versuchen jetzt, uns einer Inquisition zu unterziehen.

Wir haben aber nicht die Absicht, uns einer Inquisition zu unterziehen.

Dreizehn Jahre lang haben wir unsere Gedanken

all den anderen Parteien, aber das wird ihm niemals gelingen, so möchte ich ihnen darauf die Antwort geben,

Wenn ich mich nach Versicherungen und Prophezeiungen meiner Gegner in meinem Leben gerichtet hätte, dann stünde ich heute nicht hier und Sie würden nicht vor mir stehen.

Adolf Hitler befaßte sich mit den Anfeindungen und Zweifeln, die man seiner Partei von ihrer Gründung an entgegengebracht habe, wie man ihr stets, auch nachdem sie bereits zu einer Macht von mehr als 6,5 Millionen geworden sei, den Stillstand und Niedergang vorausgesagt habe, und wie man, wenn sie

am 1. August die 15 oder 16 Millionen überschritten

habe, wohl das deutsche Volk endgültig „von dieser Gefahr, befreit sehen werde.

Wir haben dreizehn Jahre lang prophezeit, daß es nicht gelingen kann und daß es nie gelingen wird, mit diesen Parteien das deutsche Volk zu retten. Wenn es uns möglich war, von sieben unbekanten Menschen eine Bewegung von 13 bis 14 Millionen zu schaffen, dann wird es uns möglich sein, die 30 Millionen zu erreichen.

Sie haben recht, wenn Sie mich sagen, denn Sie sollen es wissen! Solange ich lebe, wird dieser einzige Gedanke mich beherrschen.

Es ist notwendig, daß diese Klassen, Stände, Berufs- und Konfessionsparteien in Deutschland vergehen, damit die deutsche Nation wieder leben kann.

Selbst die Gegner müßten heute zugeben, daß in der Bewegung mittelständische Deutschland vereinigt ist. Millionen Handwerker und Bauern, Menschen aus allen deutschen Stämmen und Ständen und Konfessionen seien in der Bewegung beisammen. Das Bild, was wir heute erleben, können wir jeden Tag sehen, sei es in Ostpreußen oder meinetwegen in Westfalen, inmitten der baufälligen Berge oder sonstwo, überall sehen unsere Fahnen. Es sind sogar die gleichen Menschen, die sich sehen, aus diesem Klassenstaat herauszukommen.

Ich habe die fanatische Überzeugung, daß dieser Prozeß der Sammlung des ganzen Volkes vollendet werden kann, wenn nicht in zehn, dann in zwanzig Jahren, wenn nicht in zwanzig, dann in fünfzig Jahren oder in hundert Jahren, aber es wird über Ständeschiedel und Klassenstiel wieder eine deutsche Nation entstehen. Ich habe die Überzeugung, daß dieses Wunder der gegenseitigen Erziehung zur gegenseitigen Erlösung und zur Schätzung gelingen wird, weil es gelingen muß.

Die Probleme, die heute an uns herangetreten sind, sind zu groß, als daß man sie mit Parteien lösen kann. Keine Frage, ob es die der deutschen Wirtschaft oder des deutschen Handels, oder ob es die Frage irgendeiner inneren Neubildung der Kräfte ist, keine kann gelöst werden, wenn nicht der deutsche Mensch sich selbst wieder für große Probleme als geeignet weiß, indem er über das Trennende des Alltags hinweg die großen gemeinsamen Notwendigkeiten erblickt.

Jeder Deutsche muß erkennen, daß er seinen Mitmenschen nicht als Arbeiter oder als niedriger gestellt betrachten dürfe, sondern er müsse wissen, daß die Nation auf die Dauer nicht leben könne, wenn der Mensch sich nicht selbst in den Dienst der Nation stelle.

Die kommende Reichstagswahl

entscheide über größere Fragen, als nur die einer Regierungsneubildung, einer neuen Koalition usw. Es werde entschieden darüber, ob das deutsche Volk schon reif wäre, diese innere Krise zu beenden, sich wieder zusammenzufinden, und ob es schon soweit erpogen sei, daß es endlich begreifen habe, daß die Periode der internationalen Wahndee zu Ende sei. Es wird die Frage der Schaffung einer bewußten nationalen Konzentration unserer Kräfte entschieden, der bewußten Erstehung zur Erreichung unserer eigenen Lebensvorstellungen.

Ich bitte und bete daher nicht, uns Ihre Stimme zu schenken. Wer in der Wahl nur eine Entscheidung über Koalitionen usw. sieht, der ist noch nicht reif genug für die große Entscheidung der Zukunft. Wer etwa glaubt, daß dieses Regiment mit seinen Parteien segensreich sei, der muß bleiben, wo er ist.

Wer aber glaubt, daß es so wie heute nicht noch einmal zehn oder zwölf Jahre weitergeht, von dem erwarte ich, daß er sich entscheidet wie ein Mann und nicht wie ein Schwächling.

Er soll sich entscheiden und das Weis soll er entscheiden und beide sollen bedenken,



Bremer Wellblechfront

In der letzten Bürgerdeputationsversammlung bekannte sich Professor Diez durch einen Antrag zu den Nationalsozialisten ausdrücklich zur Eisernen Front.

daß das Himmelreich nur dem Ganzen gehört, und nicht dem Feigen und Lauen. Es ist leichter, in die Millionenbewegung des erwachenden Deutschland zu marschieren und sich ihr anzuschließen, als feiner sein sich zu den feilen Mann zu bekennen. Und endlich, es gehört kein Mut mehr dazu, für die Bewegung sich zu entscheiden; jeder junge Mann, jeder Arbeiter, jeder Student und Bauer, der dieses braune Band mit Stolz über die Straße trägt, hat mehr Mut, als die Zehntausende von Bürgern im heutigen Staat; er ist ein Vorbild für die Zukunft.

Wenn alle so trotzig und aufrecht wären, würden wir nicht dahin gekommen sein, wo wir heute sind. Wer überzeugt ist, daß jetzt gewonnen wird, der lege sein Gewicht in eine Waagschale und nicht in die Waage, das ist das Einzige, um was ich Sie bitte. Die anderen sind Parteien der Handwerker, Parteien der Proleten, Parteien der Bauern, der Wirtschaft usw.

Wir aber sind die Partei des deutschen Volkes

die infolge ihrer zusammenfassenden Kraft die deutsche Nation repräsentiert. Wenn Sie in dieser historischen Stunde diese große und entscheidende Handlung in ihrem inneren Sinn verstehen, dann können Sie nichts anderes tun, als mitzumarschieren.

Ich bitte Sie, erfüllen Sie Ihre Pflicht, nicht nach Ihrem Stand, nach ihrer Herkunft oder Lebensart, treffen Sie die Entscheidung im Denken an das, was letzten Endes bleiben wird, weil es bleiben muß, nämlich Deutschland!

Der Ausklang

Raum hat der Führer geendet, da bricht ein Jubel los, der alles mitreißt.

Heil Hitler! Heil Hitler!

Unter den Rufen der deutschen Volksgenossen verläßt er die Tribüne. Das Deutschlandland klingt auf: „... und im Unglück nun erst recht!“ Immer wieder, wo die Rufe neu aufflammten, zeigt es sich, daß der Führer, den Platz noch nicht verlassen hat, „Deutschland erwache!“ dröhnt es dreimal gegen den nächtlichen Himmel. Der Ruf fängt sich an den Säulen des Reichstags und wird von hier zurückgeworfen. „Erwache!“ ruft das Echo.

Dann stimmt die Menge das Horst-Wessel-Lied an. Dieses Lied, das man zeitweilen nicht vergißt. Wer es einmal gehört, richtig gehört, dem klingt es noch im Tode nach. Wie zum Schluß reden sich die Hände zum Himmel, im stillen Gedanken an jene Kameraden, die der Nation den Weg weisen, die ihr ruht, im Schimmer ewiger Seligkeit, ihr seid nicht umsonst gestorben. Euer Opfer lebt, und was ihr einst begonnen, wird jetzt vollendet.

Deutschland wird frei!

Ihr habt die Treue zum Führer und Volk mit dem Tode bezahlt. Der Führer hat sie auch über den Tod hinausgehalten. Wir führen voran, die letzte Festung fällt. Und wenn auch alles um uns bricht, der Sieg muß uns doch werden!

Jetzt wird nicht über das entschieden, was wir tun wollen, sondern über das, was ihr getan habt.

Nicht die Männer der heutigen Parteien haben das Recht, als Ankläger oder als Inquisitoren aufzutreten. Dieses Recht haben die, die dreizehn Jahre lang das vorgebracht haben, was jetzt endlich gekommen ist. Sie sollen sich nicht damit ausbreiten, daß vielleicht die Weltwirtschaft die Ursachen unserer Krise sein könnten, denn sie haben doch ununterbrochen ihre internationalen Beziehungen geführt. Warum liegen sie nicht einmal einmal in Zeiten der Not für Deutschland, genau so, wie sie es spielen ließen im November 1918 gegen Deutschland? Sie haben so oft mit dem Hinweis auf ihre internationalen Beziehungen die deutsche Kraft gestört, daß sie diese Beziehungen einmal für das deutsche Leben hätten fruchtbar machen können.

Sie tun heute so, als ob wir ein Verhängnis seien, als ob wir beschuldigen hätten, ihre großen Pläne zu vernichten. Am liebsten würden sie sagen, daß ich vielleicht mit meinen 20 Mann im Jahre 1920 die Schuld daran zu tragen habe, daß sie damals nicht Deutschland retten, oder vielleicht mit meinen dreißigtausend Mann im Jahre 1921, oder mit meinen hunderttausend im Jahre 1922, oder mit meinen dreißigtausend im Jahre 1923.

Ja, damals haben sie gepöbelt über diese Zahl, so erklärten sie, daß wir nur ein hässliches Phantasma seien, und sie hatten Grund genug, das zu sagen, denn ihre Parteien waren groß, sie beherrschten damit das Reich, die Nation und das Staatsleben. Heute, heute wollen sie selbst ganz klein gewesen sein und wir sind vermutlich groß gewesen. Heute sind sie so bescheiden,

daß sie sich der Zeit vor zehn Wochen nicht mehr erinnern.

Heute auf einmal finden sie, daß die Freiheit bedroht ist, daß die Verfassung verlegt wird, und so war vor zehn Wochen die Verfassung, wo war damals die Freiheit, wo war damals das deutsche Leben?

Heute tun sie so, als ob sie dreizehn Jahre im Schweig ihrer Angelegenheiten für die Wirtschaft, für Deutschlands Wiederaufstieg gearbeitet hätten, und jetzt in den letzten sechs Wochen soll ein Verfall eingetreten sein. Dreizehn Jahre lang haben sie für den deutschen Bauern gekämpft, für den deutschen Arbeiter, für den deutschen Angestellten und Beamten, für die Wirtschaft. Die Finanzen haben sie bekanntlich dreizehn Jahre in Ordnung gebracht.

Und der Handel?

er hat dreizehn Jahre lang gelübt, unsere Häfen, sie konnten die ein- und ausgehenden Schiffe kaum mehr lassen bis vor sechs Wochen, und jetzt ist Gefahr im Verzug. Wenn wir Nationalsozialisten kommen, dann wird plötzlich alles stillstehen, dann werden die Häfen plötzlich den fürnehmenden Rufschein der bislang ununterbrochen geschlagen hat, vernichten müssen, dann werden die Schiffe vielleicht rotten, die jetzt dauernd verteuert. Sie rechnen wirklich mit einem kurzen Gedächtnis ihrer teuren Wählerkraft. Der Wähler wird aber dafür sorgen, daß es ihnen nicht gelingt, den Sinn der Wahl in das Gegenteil zu vertauschen. Die Wahl wird entscheiden, und beruhigt Euch,

was kommen muß, kommt, so oder so.

Ich glaube, soweit es sich um die Parteiführer unserer Gegner handelt, daß diese in kurzer Zeit das Regiment von Papen als ein mildes Empfinden, gegenüber dem Regiment, das sie dann uns bekommen.

Denn wir haben eine Rechnung mit den Herren zu begleichen, eine Rechnung, die nun dreizehn Jahre lang läuft und nicht beglichen wurde. Sie haben nicht beglichen den Schaden, den sie in dreizehn Jahren dem deutschen Volk zugefügt haben, nicht beglichen die Schäden der Millionen Menschen, die sie um ihre Arbeitsplätze gebracht haben, nicht beglichen die Millionen Leiden und die Not unserer Bauernschaft, sie haben nicht beglichen das Elend, das heute die ganze Wirtschaft ergriffen hat.

Sie haben nicht beglichen die Verwüstungen unserer Finanzen in den Städten und in den Ländern, in den Kommunen und im Reich. Sie haben nicht beglichen die moralische Schädigung, die sie dem deutschen Volk zugefügt haben, nicht beglichen die elende Stellung, die sie uns in der Welt verschafft haben. Sie haben nicht beglichen die Unjammern der Leiden, unter den wir zu leiden gehabt haben, nicht beglichen all das Blut und all die Leiden meiner braunen Kameraden und sie werden dafür Rechnung stellen müssen, genau so, wie sie Rechnung ablegen müssen über ihr großes Verbrechen des November 1918.

Sie haben damit gerechnet, daß ein solcher öffentlicher Ankläger ihnen nicht ergehen wird. Der Ankläger ist heute zugleich der Richter.

Das deutsche Volk in Millionen Menschen zum Ankläger geworden

und wird in dieser kommenden Zeit zugleich auch Richter sein.

Wenn wir all die Schäden dieses Systems zusammenfassen, dann müssen wir ihn als übermenschlich groß bezeichnen. In dreizehn Jahren ist es ihnen möglich geworden, die deutsche Willensbildung bis auf den Punkt zu bringen und damit auch jeden Glauben, jede Zuversicht und Hoffnung aus unserem Volk herauszureißen. Wir sehen deshalb darin das schwerste Verbrechen, weil wir nicht glauben, daß uns jemals Hilfe von

außen kommen kann und wird. Diese Hilfe wird nur aus eigener Kraft uns erwachsen

und zu dieser eigenen Kraft gehört die Überzeugung von dieser Kraft und der Glauben und die Hoffnung, daß diese Kraft einer Nation nützen kann. Es gehört endlich dazu auch Glauben und Hoffnung, die Einmütigkeit des Vertrauens.

Sie aber haben die Nation zerrissen in dreißig und mehr Parteien, Verbände und Verbänden, Gruppen und Gruppchen. Jedem Stand haben sie seine besondere Spezialvertretung, der Arbeiter hatte seine Partei, der Angestellte ebenfalls, der Bürger, beglichen die Handwerker usw.

Wenn sie nun sagen, wir wollten den Arbeiter retten, wir wollten auch den Bauern und Angestellten usw. retten, dann können wir ihnen nur sagen,

heute habt Ihr dreizehn Jahre lang Zeit gehabt.

Aber sie haben nichts getan; was sie gerettet haben, ist vielleicht ihre Partei, die Nation ist aber darüber zusammengebrochen.

Wenn sie heute sagen, man muß gegen den Nationalsozialismus Stellung nehmen, weil er untragbar und unverträglich sei, weil er keine andere bürgerlichen Parteien anerkennen wolle, dann sage ich dazu,

Ich glaube es vor der Geschichte einmal später leichter verantworten zu können, wenn ich diese dreißig Parteien beseitigt habe, als die, die sie geschaffen haben

und ich glaube, es ist eine nationalere Tat und es ist auch eine wirtschaftlich größere Tat, die Parteien in Deutschland zu beseitigen, und die Nation zu eigener Willensbildung zusammenzuführen. Und wenn die Gegner sagen, ja, er will keine eigene Partei als Siegerin leben, überlegen

Seiagerungszustand in Berlin

Der Text der Verordnungen

Die Verordnung
Verordnung des Reichspräsidenten betreffend
die Wiederherstellung der öffentlichen Siche-
rheit und Ordnung im Gebiete des Landes
Preußen

Berlin, 20. Juli. Die vom 20. Juli 1932 da-
tierte Verordnung des Reichspräsidenten be-
treffend die Wiederherstellung der öffentlichen Siche-
rheit und Ordnung im Gebiete des Landes Preu-
ßen hat folgenden Wortlaut:

Auf Grund des Artikels 48 Abs. 1 und 2 der
Reichsverfassung verordne ich zur Wiederherstel-
lung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung im
Gebiet des Landes Preußen:

§ 1.
Für die Geltungsbereiche dieser Verordnung wird
der Reichsstatthalter zum Reichskommissar für das
Land Preußen bestellt. Er ist in jeder Eigen-
schaft ermächtigt, die Mitglieder des preussischen
Staatsministeriums ihres Amtes zu entheben. Er
ist weiter ermächtigt, selbst die Geschäfte des preu-
sischen Ministerpräsidenten zu übernehmen und
andere Personen als Kommissare des Reiches mit
der Führung der preussischen Ministerien zu be-
trauen.

Dem Reichsstatthalter stehen alle Befugnisse des
preussischen Ministerpräsidenten, den von ihm mit
der Führung der preussischen Ministerien betrauten
Personen innerhalb ihres Geschäftsbereichs alle
Befugnisse der preussischen Staatsminister zu. Der
Reichsstatthalter und die von ihm mit der Führung
der preussischen Ministerien betrauten Personen
haben die Befugnisse des preussischen Staatsmini-
sters aus.

§ 2.
Diese Verordnung tritt mit dem Tage ihrer
Verkündung in Kraft.
Reuders und Berlin, den 20. Juli 1932.
gez.: von Hindenburg.
gez.: von Papen

Berlin, 20. Juli. Amtlich wird mitgeteilt: Auf
Grund des Artikels 48 Absatz 2 der Reichsver-
fassung verordne ich zur Wiederherstellung der
öffentlichen Sicherheit und Ordnung in Groß-
Berlin und Provinz Brandenburg folgendes:

§ 1.
Die Artikel 114, 115, 117, 119, 123, 124 und
153 der Verfassung des Deutschen Reiches werden
bis auf weiteres außer Kraft gesetzt. Es sind
daher Beschränkungen der persönlichen Freiheit,
des Rechts der freien Meinungsäußerung, des
Rechts der Pressefreiheit, des Vereins-
und Versammlungsrechts, Eingriffe in das Brief-,
Post-, Telegraphen- und Fernsprechtelegraphen-
Anschlußrecht, Beschränkungen des Eigentums,
sowie Beschränkungen des Eigentums, auch außer-
halb der sonst hierfür bestimmten gesetzlichen
Grenzen zulässig.

§ 2.
Mit der Bekanntmachung dieser Verordnung
geht die vollziehende Gewalt auf den Reichsstatthalter
über, der sie auf Militärbefehlshaber
übertragen kann.
Zur Durchführung der zur Wiederherstellung
der öffentlichen Sicherheit erforderlichen Maß-
nahmen wird dem Inhaber der vorliegenden Gewalt
die gesamte Schutzpolizei des bezeichneten
Gebiets unmittelbar unterstellt.

§ 3.
Wer dem im Interesse der öffentlichen Siche-
rheit erlassenen Anordnungen des Reichsstatthal-
ters oder des Militärbefehlshabers zuwiderhandelt
oder zu solcher Zuwiderhandlung auffordert oder
anreizt, wird, sofern nicht die bestehenden Gesetze
eine höhere Strafe bestimmen, mit Gefängnis oder
Geldstrafe bis zu 15.000 RM. bestraft.

Wer durch Zuwiderhandlung nach Absatz 1 eine
gemeine Gefahr für Menschenleben herbeiführt,
wird mit Zuchthaus, bei milderen Umständen
mit Gefängnis nicht unter sechs Monaten und,
wenn die Zuwiderhandlung den Tod eines
Menschen verursacht, mit dem Tode, bei milderen
Umständen mit Zuchthaus nicht unter zwei
Jahren bestraft. Daneben kann auf Vermögens-
einzueziehung erkannt werden.

Wer zu einer gemeingefährlichen Zuwiderhand-
lung (Absatz 2) auffordert oder anreizt, wird mit

Eure Stunde hat geschlagen!

Pg. Ministerpräsident Röver spricht

Auftakt im Stadion

Als der erste nationalsozialistische Mi-
nisterpräsident des ersten nationalsozialisti-
sch regierten Staates Oldenburg das
Wort ergreift, wird der alte Freiheits-
kämpfer für mich begrüßt. Stämmig
und lachend steht er vor den vielen tausend
Stuhlgangsteilnehmern. Jeder Satz wiegt
schwer. Mit erhöhter Stimme verkündet
er den Bremer Volksgenossen:

In Oldenburg ist der Landtag nach
Hause geschickt worden

Die ehemals schwarz-rotten Herrscher wol-
len aufheben. Es half ihnen alles nichts.

Sie sind mit ihren eigenen Waffen,
denen, der Demokratie geschlagen
worden.

Hätten sie das gehaut, dann hätten sie die
Weimarer Verfassung nicht geschaffen.

Ihre Zeiten sind für immer vorbei.
Wir haben das Gegenteil der Maßnahmen
ergriffen, die das System durchgeführt hat.
10 Prozent der Hauszinssteuer werden heute
abgeschrieen, um zur Arbeitsbeschaffung
verwandt zu werden.

Wir wissen, daß nur durch Arbeit Werte
und Kapital geschaffen werden können.
Wenn das neue Reich Adolf Hitlers
erkunden sein wird, so wird neben der
Arbeitspflicht die Militärpflicht stehen

(Stürmischer Beifall).

Es ist notwendig, daß in Deutschland
der Tag kommt, wo niemand mehr sagen
darf, daß die Arbeit der Faust niedriger
steht, als die Arbeit der Stirn. Wir
müssen beide zusammenführen. Der deut-
sche Mensch muß den Sinn seines Frei-
heitskampfes wieder begreifen lernen.
Das Volk muß bis zum letzten Mann zusammen-
stehen. Dazu brauchen wir aber eine starke
Organisation und eine einheitliche Welt-
anschauung. Wer uns daran hindert hat,
das ist der ewige Jude, der darauf bedacht
ist, das deutsche Volk unter der Zinspeitsche
zur Strecke zu bringen.

Was ist der Staat?

Der Staat ist organisierter Volkstum, in
der Vielgestaltigkeit seiner Arbeit. Wir
bekämpfen nicht den Staat. Wir wollen
den Staat. Es ist etwas anderes, mit dem
System und der gegenwärtig vollziehenden
Staatsgewalt. Wer sich mit der Idee des
Führers, die er am 24. Februar 1920 in
den 25 Programmpunkten niedergelegt hat,
der muß mit dem Parteiystem, das in
Weltanschauungen künstlich verankert ist,
brechen, muß die 25 Thesen als Grund-
lage nehmen, von der wir die Dinge meis-
tern können.

Wieder erhebt der oldenburgische Frei-
heitskämpfer seine Stimme und fährt mit
Stolz und Demut zugleich fort:

Im Freistaat Oldenburg haben drei
Männer es durch die Kraft des Herr-
gotts übernommen, die Geschichte des
Staates in die Hand zu nehmen.

Zuchthaus, bei milderen Umständen mit Ge-
fängnis nicht unter drei Monaten bestraft.

§ 4.
Die in den Paragraphen 81 (Hochverrat), 302
(Brandstiftung), 311 (Explosion), 312 (Ueber-
listungen), 315 Absatz 2 (Beschädigung von
Eisenbahnanlagen) des Strafgesetzbuches mit
Lebenslänglichem Zuchthaus bedrohten Verbrechen
sind mit dem Tode zu bestrafen, wenn sie nach

Es ist aber notwendig, daß das ganze
Deutschland umgewandelt wird.

So freuen wir uns, daß heute die Herren
Grzimek, Weiß und Heimannsberg in
Schuhhaft genommen worden sind.

Dreizehn Jahre Lüge, Verrat und einen
Trümmerschutt haben uns die alten
Machtshaber gelassen, Gleichheit, Freiheit
und Brot verprochen.

Hr. Röver regnet sodann mit der SPD.
ab. Sie ist heute drei Gipfelpunkte ab,
die die Namen Willy, Leo und Max Elster
tragen.

Eure Stunde hat geschlagen!

ruft der Gauleiter den Marxistenführern zu.
Es gilt es die Seele des Volkes zu be-
freien, um ihm wieder eine Existenz zu
schaffen.

Die Freiheit liegt in Oldenburg als
Wahrheit in der Synthese des National-
sozialismus. Vielleicht tritt das deutsche
Volk am 31. Juli seinen letzten Gang zur
Freiheit an.

Bremer Bürger, Volksgenossen!
Ihr müßt in der Entscheidung keine
Rückfälle tun. Glaube nicht, daß deine Spei-
cher wieder gefüllt werden, wenn du nicht
dem letzten Arbeitsbruder die Hand reichst.
Und du Arbeitsbruder, löse dich von der
Internationale, der Fetzler des Vaters
Marx. Das Ende wäre der Verrat
des Marxismus. Dann hat der ewige Jude
das Volk in der Hand. Fragt einen Holz-
händler in Bremen und er wird euch sagen,
daß ihm durch das Holzdumping der Markt
zerstört ist.

Freund oder Feind des Bremer Handels

Herr Hitler wollen Sie die freie
Handelsstadt Bremen untergehen lassen
wie es Ihre Führer propagieren?

Auf diese öffentliche Frage eines Bremer
Kaufmanns konnte Pg. Ministerpräsident
Röver die bindende Antwort geben, daß
diese Gedanken niemals, von irgendeiner
maßgebenden parteiamtlichen Stelle pro-
pagiert worden sind und als böswillige
Unterstellungen gebrandmarkt werden
müssen. Hr. Röver wies nach, daß der
Exporthandel seit 1914 für Bremen stark
ausgefallen ist, da sich die Ueberseehändler
eigene Industrien geschaffen haben. Der
Wettstreit ist gekämpft. Darunter müssen
die Handelsstädte leiden. Deshalb müssen
wir den Binnenmarktvorrat härten, wenn
wir wieder exportieren wollen.
Hr. Röver wird vom Motorengeräusch
in seiner Rede unterbrochen.

„Unser Führer mit dem Flugzeug wird
gleich landen,

fündet Röver mit weit hin schallender
Stimme den begeisterten Massen, die nach
dem Eintreffen Adolf Hitlers immer unru-
higer auf sein Kommen warten.

Röver schließt seinen Appell an die Bre-
mer Bevölkerung:

Wir wissen, daß auch die Hanse frei wer-
den muß, wenn Deutschland frei werden
will. Deutschland soll auferstehen. Gott
möge uns die Kraft geben, für Deutschland
zu leben.

der Verkündung der Verordnung begangen sind.
Unter der gleichen Voraussetzung kann im Falle
des Paragraphen 92 (Landesverrat) des Straf-
gesetzbuches auf Todesstrafe erkannt werden, ebenso
in den Fällen des Paragraphen 125 Absatz 2
(Mord) und 126 Absatz 1 (Totschlag) bei Zusam-
mentreffen und Paragraph 115 Absatz 2
(Mord) und 116 Absatz 1 (Totschlag). Wenn
der Täter den Widerstand, die Gewalt oder
Drohung mit Waffen oder in bewußtem und ge-

wolltem Zusammentreffen mit Verwundeten began-
gen hat.

§ 5.

Auf Ansuchen des Inhabers der vollziehenden
Gewalt sind durch den Reichsminister der Justiz
außerordentliche Gerichte zu bilden.

Zur Zuständigkeit dieser Gerichte gehören außer-
dem im Paragraph 9 der Verordnung des Reichs-
präsidenten vom 20. März 1931 aufgeführten
Straftaten auch die Vergehen und Verbrechen nach
Paragraph 3 der vorliegenden Verordnung.

§ 6.

Diese Verordnung tritt mit der Verkündung in
Kraft.

Reuders und Berlin, den 20. Juli 1932.
Die Verordnung ist unterzeichnet vom Reichs-
präsidenten, Reichsstatthalter, Reichsminister
und Reichswehrminister.

Auch Ausnahmezustand in Hessen

Darmstadt, 20. Juli. Der hessische Land-
tag ist auf Donnerstag, den 28. Juli, ein-
berufen worden. Auf der Tagesordnung
steht u. a. ein nationalsozialistischer Antrag
auf Veränderung der Verfassung.

Danach soll künftig das Gesamtmini-
sterium nur noch aus dem Staatspräsi-
dent bestehen. Außerdem beantragen die
Nationalsozialisten Verhängung des Aus-
nahmestandes in Hessen.

Staatsgerichtshof freigelesen Donnerstag

Berlin, 20. Juli. In der Probing werden er-
trablättelt verteilt, nach denen der Antrag der
ehemaligen preussischen geschäftsführenden Regie-
rung auf Erlass einer einseitigen Verfügung
gegen die Reichsregierung bereits am Mittwoch
abend vom Staatsgerichtshof abgelehnt worden
seien. Außerdem heißt es darin, daß sich der
Staatsgerichtshof mit der Frage, ob das Vorgehen
der Reichsregierung der Verfassung entspreche, erst
nach den Reichstagsakten beschäftigen werde.
Demgegenüber verlangt von ausländischer Stelle,
daß diese Nachrichten den Tatsachen nicht ent-
sprechen. Der Staatsgerichtshof, dessen Mitglieder
zu einem Teile weit von Leipzig entfernt
wohnen und erst zusammenzufinden werden müssen,
kann frühestens am Donnerstag nachmittag eine
Entscheidung über die einstweiligen Verfügungen
treffen.

Unsere Stellung zum Christentum

Zum Anruf der 3. Bundestagssitzung
München, 20. Juli. Angesichts des Auftrages,
der anlässlich der Bundestagssitzung in Fulda zu
den bevorstehenden Reichstagswahlen erfolgte, er-
klären wir, daß die NSDAP sich von jeher für die
Förderung und den Schutz der religiösen Inter-
essen sowie auch für die Stellung der christlichen
Kirchen ohne Unterschied der Konfessionen ein-
gesetzt hat. Sie hat sich in konsequenter Folge für
die Erhaltung des Friedens und soziale Wohlfahrt
des Volkes verwendet. Sie allein ist für
den Schutz der konfessionellen, sozialen und der
christlichen Religion in der Tat eingetreten,
(Thüringen, Braunschweig und Anhalt). Sie wird
dies auch in Zukunft weiterhin tun, nach dem
Grundlag des Programmpunktes 24, in dem es
u. a. ausdrücklich heißt: „Die Partei als solche
vertritt den Standpunkt eines positiven Christen-
tums, ohne sich konfessionell an ein bestimmtes
Bekenntnis zu binden.“ Diese allein maßgebenden
programmativen Forderungen sind und bleiben
unerschütterlich trotz aller Verdröbnungen und
Auslegungsfälle erfolglosbittiger Parteikläuffer. Klar
und eindeutig, von keiner Kirche angefochten,
stellen sie ein offenes Bekenntnis des National-
sozialismus zum Christentum dar.

SPD. für Bauerntod

Sozialdemokratie und Landwirtschaft.
Programm der SPD.

Gründer Programm von 1891:

„Wir verlangen die Verstaatlichung der
geplanten landwirtschaftlichen Betriebe,
die Zusammenlegung der kleinen land-
wirtschaftlichen Betriebe zu Großbe-
trieben und die Verwaltung dieser
Großbetriebe in staatlicher Hand.“

Wahl-Kundgebung!

Am Sonnabend, den 23. Juli 1932, spricht Pg. Müller, Obmann der N. S. B. O., Bremen, in

Jürgens Holz • Oberneuland

Anfang 20.30 Uhr — Eintritt 30 Pfennig, Erwerbslose 10 Pfennig

Es wirkt mit ein Teil der SS-Kapelle

NSDAP., Ortsgruppe Oberneuland

Wahl-Versammlung

Heute Donnerstag, d. 21. Juli, spricht im Kaffee

Lehmkuhl

Waller Heerstr.,
der Transportarbeiter Pg. John-Hamburg.



Anfang 20.30 Uhr.
Eintritt RM —30, Erwerbslose RM —10 (an d. Kasse).

N.S.D.A.P., Ortsgr. Bremen,
Abtlg. Seefahrt, Seft. Westen

Familien-Anzeigen

Geburten: 1 F. Hans Anding
und Frau Lisa, geb. Weil.

Verheiratete: Walter Tötcher
mit Luise, geb. Franke, Rüdiger-
straße 19. — Junge Fritz Otto Tötcher
mit Hanna, geb. Beck, Landwehrstr.
125-27. — Herbert Tötcher mit
Denny, geb. Brodman, Auf dem Kamp
Nr. 17.

Verstorbene: Julius Jehn, Po-
lizeihauptwachmeister, 52 J., Gellert-
straße 56. — Cord Volchen, 79 J., Wis-
marstr. 108 3. Et. — Karl Sillmer,
56 J., Heilmannstr. 5. — Marie Schumann
89 J. — Anna Börsen, geb. Garbade,
95 J. — Frau Leni Meyer, geb.
Werns, 46 J., Erwinstr. 9.

Amtl. Bekanntmachungen

Zugezogen: 1 Koniarivogel. Mel-
dung innerhalb 3 Tagen im Fundamt,
Polizeibureau, Zimmer 121. Dem
Friedrich des Bremer Tiergeschäfts-
büros übergeben: 1 Schäferhund, 1
Schmankerl, 1 Kesselfischer, 1 Terrier
ohne Hundeschein. Meldung innerhalb
24 Stunden im Tierheim, verlängerte
Heimstraße, sonst wird über die Tiere
verfügt.
Polizeidirektion.

Bekanntmachungen
auswärtiger Behörden und Gerichte
über das Vermögen der Waller-
meier- und Brauner-Schiffahrt u.
b. d. in Adm. wird heute am 9. Juli
1932, 16 Uhr, das gerichtliche Ver-
fahren eröffnet. Rechtsanwält
Dr. Heymann in Bremen, Am Wall
Nr. 143-144 wird zur Vertretung per-
sonen ernannt. Ein Gläubigerantrag wird
vorläufig nicht befriedigt. Ferner zur
Verhandlung über den Vermögensver-
schlag wird auf den 8. August 1932, 16
Uhr, vor dem Amtsgericht in Adm.
bestimmt. Der Antrag auf Eröffnung
des Vergleichsverfahrens nebst seinen
Anlagen ist bei der Geschäftsstelle des
Amtsgerichts in Adm. zur Einsicht der
Beteiligten niederzulegen.

Amtsgericht Adm., den 9. Juli 1932.

Ausschreibungs-Bekanntmachung

Die Bahnhofsverwaltung in dem
Empfangsgebäude des Bahnhofs
Stettin an der Bahnstraße 20a in
Stettin ohne bauliche Veränderung
zum 1. November 1932 oder später
neu verpackt werden. Angebote vor-
zubringen und Bedingungen können
gegen Einzahlung von 2 RM. in
bar, nicht in Briefmarken, von der
Kasse der Reichsbahndirektion
Münster (Westf.) bezogen werden. Die
Angebote, zu denen der Angebots-
vorwand verwendet werden muß, sind
bis zum 21. September 1932, 12 Uhr,
vorher und verpackt mit der Auf-
schrift „Angebot auf Bahnhofsver-
waltung“ an den Vorstand
des Reichsbahndirektion Münster (Westf.)
einzubringen.

Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft
Reichsbahndirektion Münster (Westf.),
13. Juli 1932.

In Konkursverfahren des Insabers
eines Zimmereibetriebes Friedrich
Gaege soll die Schlichtung stattfinden.
Zur Verfügung stehen RM. 2103,77
abzüglich RM. 540 Umsatzsteuer gleich
RM. 1563,37, von denen die Kosten
des Gerichts und des Verwalters ab-
gehen müssen. In Konkursantrag
sind RM. 1664,74 beizubringen
und RM. 3537 nicht beizubringen
forderungen. Ein Verzeichnis dieser
Forderungen ist bei Gericht zur Einsicht
niederzulegen. Der Konkursverwalter:

Rechtsanwalt Dr. Doepe.

Winkelmann-Uhren
— genaue Zeit!
— Qualitätsware

Papenstr. 17, Domsb. 29718

Für Sonntag 31. Juli 1932

werden noch einige

Autos

mit und ohne Fahrer gesucht,
um ältere und kranke Wähler
zur Wahlurne zu fahren.

Meldungen schnellstens
schriftlich erheben an Wahl-
leitung der NSDAP.

Papenstraße 15 (BNZ)



Versichert beim Berufsvertreter!

Zum Abschluß von

VERSICHERUNGEN

empfehlen sich die dem Bunde der
Versicherungsvertreter Deutschlands
angehörigen Mitglieder:

Hermann Mackenstedt, Tel. Domsheide 205 09
Ad. Lohrengel, Telefon Weser 245 84
Friedr. Sieburg, Telefon Hansa 442 45
Kurt Gürs, Ritter-Roschen-Platz 5

Kauft bei unseren Inserenten

Offene Stellen

Weibliche Hilfskraft

17-18 Jahre alt für ein kaufmännisches
Büro in Bremen ges. Ang. u. C 568 b.V.

Zu vermieten

Gut möbliertes
Zimmer
für 1, evtl. 2 Herren
Metersstraße 16

Möbl. trdl. Zimmer
Mendster, 18

Schöne
3-Zim.-Wohnung
i. Osterort an an-
genommenen Miets-
wohnung preiswert
zu vermieten.
Ang. u. E 570 b.V.

Mietgesuche

Möbl. Zimmer
nahe Bahn, oder
Zentrum.
Düsternstr. 33, II

Suche
2-3-Zimmer-Wohnung
nicht zu weit vom
Zentrum, mögl.
Osterort od. Neu-
stadt. Pünktliche
Miete, nat. Mieter.
Ang. u. D 569 b.V.

Zu verkaufen

4/16 Limousine
billig abzugeben.
Nachfragen unter
Roland 1389

**Inseriert
in der
BNZ**

Verschiedenes

Wer baut amerik.
Radio um?
Kl. Meinkenstr. 8a

**Kutsch-Geschäfts-
u. Pederwagen**
Hans Stein
Hasteler Heerstraße 44-46

Fahrschule
Edmund Will
Georgstraße 65
Roland Nr. 7341

Wer liefert Malerarbeit
für Schneiderarbeit?
Ang. u. F 571 b.V.

BNZ

Unterstützt das Handwerk!

Auto-Reparatur
jegl. Art
Auto-Bereifung
Reelle Bedienung
WILH. ELSASSER
V. d. Steintor 34

Schuhreparaturen
sowie Neuanfertigung
preiswert und gut
Heinr. Hageleit
Schuhmachermeister
Kl. Hundestraße 7

Bauarbeiten, Neu-, Auf- und
Umbauen, Reparaturen, billige
Zeichnungen u. Anschläge frei.
J. Martens
Maurermeister
Bremerhavenstraße 82

Sie gehen immer elegant,
wenn Sie uns die
Pflege Ihrer Garderobe
überlassen.
Anzug, Mantel oder Kostüm,
entstaubt, entfleckt, gebügelt für
nur Mk. 1.75

Kunststopfen, Chemisches
Reinigen, Färben, Repara-
turen u. Änderungen. Lie-
ferung frei Haus
**Hanseatische
Dampf-Bügelanstalt**
Karl Behre Jr.
Hauptgeschäft:
Hamburgerstraße 29b, Fernruf Hansa 426 90
Filiale:
Nordstraße 15, Fernruf: Weser 93478

Zentralheizungen
aller Systeme liefert gut und preiswert.
Kostenschätze unverbindlich.
Otto Barchan
Woltershauserstraße 148a
Roland 7941

Tischlermeister
und 2 Söhne, Pg., liefern alle
Möbel und Reparaturen
Daniel Leker
Meyerstraße 97

Handwerk in Not!

Stadttheater

Das Tagesgespräch in
Bremen

Der sensationelle Operetten-Erfolg
**Die Blume
von Hawaii**

Abendlich köstlicher Jubel
und nicht endender Beifall
Hervorragende vollständige Besetzung
Frankfurter Ausstattung
Große Balletts
ca. 100 Mitwirkende

Städtisches Orchester
38 Musiker
verstärkt durch die mo-
dernsten Jazz-Instrumente
täglich abends 20 Uhr
Billigste Sommerpreise:
Mk. 0.50 bis 3.70
einschl. Garderobengebühr
Vorverkauf täglich v. 10.30—1.30
und 5.30—7.30 Uhr.

Seefische essen nicht vergessen!

Von täglich frisch eintreffenden
Zufahren empfehlen wir:

Blutisches
Seelachs im Anschnitt Pfd. 18
Hochfeine
Seelachsfilet Pfd. 30
Cabillaud im Anschnitt Pfd. 25

Bratschellfisch, Kochschellfisch, Gold-
barsch, Goldbarschfilet, Rotzungen, Kar-
bonadenfisch z. billigsten Tagespreisen.

Täglich frisch aus dem Rauch:

Hochfeine
Fettbucklinge 1/2 Pfd. 25
II. Seelachs 1/2 Pfd.
Geräuch. Matjes fett und 15
saftig Stück

Billige Oelsardinen u. Fischmarinaden
Hochfeine neue Matjes billigt



Hutliffstr. 16, T. Domsb. 2364-45
Kl. Allee, Ecke Weststr.,
Stoffensweg 120
V. d. Steintor 97, Ecke Berlinerstr.

Wahl-Rundgebung!

Am Sonnabend, den 23. Juli 1932
spricht im Odeum-Woltmessenhausen
Staf. Wegener-Bremen.

Anfang 20,30 Uhr

Eintritt 30 Pfg., Erwerbslose 10 Pfg. (an der Kasse)

NSDAP. (Hitler-Beweg.) Ortsgr. Bremen

Nationalsozialistische
Bücher und Zeitschriften
Spiele und Schreibwaren-Artikel
FR. ODEWALD Wwe.
Pappelstraße, Ecke Delmestraße

SA-Männer herhören!

Eure Ausrüstungsgegen-
stände kauft Ihr vor-
schriftsmäßig in Ia Qua-
lität und billig bei

Kröger & Franchsen
Knochenhauerstr. 16/17

Kehraus in Preußen

Braun - Severing - Grzesinsky - Isidor Weiß und Heimannsberg davongejagt

Preußenregierung war für Blutterror

Die amtliche Begründung für den Hinauswurf

Berlin, 20. Juli. Amtlich wird mitgeteilt: Durch die Verordnung des Reichspräsidenten vom 20. Juli 1932 ist der Reichsminister für Preußen beauftragt worden. In dieser Eigenschaft hat er auf Grund der ihm erteilten Vollmachten den Ministerpräsidenten Braun und den Minister des Innern Severing ihrer Ämter enthoben. Die Befugnisse und Aufgaben des preußischen Ministerpräsidenten sind auf den Reichsminister für Preußen übertragen worden. Die Selbständigkeit des Landes Preußen im Rahmen der Reichsverfassung wird nicht angeht. Die Reichsregierung erwartet vielmehr, daß alsbald eine Beendigung des auf Grund der Verordnungsgebung geschaffenen Zustandes eintreten wird.

Die Klagen von kommunistischer Seite hervorgerufenen Unruhen haben die Reichsregierung vor die schwere Aufgabe gestellt, von sich aus für Ruhe und Sicherheit im größten Teile Deutschlands zu sorgen.

In den übrigen deutschen Ländern, in denen die Polizeibehörden straflos gelassen werden, besteht keine Befürchtung, daß kommunistische Unruhen Erfolg erzielen. Die Reichsregierung bedauert lebhaft, daß diese Voraussetzungen für Preußen nicht in den notwendigen Umfang zutreffen, abgesehen von der Tatsache, daß durch Eingriff der Person und Leben der Beamten sich bemüht haben,

der offenbar von langer Hand vorbereiteten Unruhen Herr zu werden. In Preußen hat die Reichsregierung die Beobachtung machen müssen, daß Planmäßigkeit und Zielbewußtheit der Forderung gegen die kommunistische Bewegung fehlen. Es ist kein Zufall, daß gerade in Preußen die kommunistische Kampforganisation am stärksten und erfolgreichsten aufgetreten ist und an den verschiedensten Orten ernste und blutige Unruhen hervorgerufen hat. Es besteht der begründete Verdacht, daß hohe preußische Dienststellen in Berlin und an anderen wichtigen Punkten nicht mehr die innere Unabhängigkeit besitzen, die zur Erfüllung ihrer Aufgabe notwendig ist. Dadurch ist in weiten Kreisen der Behörden, der Exekutivbeamten sowie der Bevölkerung die staatliche Autorität erschüttert. Verfügt ist dieser Eindruck in der Öffentlichkeit durch die unangenehmsten scharfen Angriffe des preußischen Ministers des Innern und anderer hoher Beamter gegen die Reichsregierung.

Die notwendige vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen Reichsregierung und Landesregierung ist durch dieses Verhalten unmöglich gemacht worden. Unter diesen untragbaren Umständen ist die vorübergehende Zusammenfassung der Machtmittel des Reiches und Preußens in der Hand des Reichspräsidenten als Reichskommissar für Preußen der einzige Weg zur raschen Befriedigung des größten deutschen Landes.

Alle Veilchen welken

Die erste Maßnahme Brachts.

Berlin, 20. Juli. Der mit der Führung der Geschäfte des preußischen Innenministeriums beauftragte Dr. Bracht hat die Pressestelle des preußischen Staatsministeriums geschlossen. Die Mitteilung, daß die Mitglieder der Pressestelle ihrer Ämter enthoben worden seien, trifft nicht zu.

Auch Grzesinski seines Amtes enthoben. Berlin, 20. Juli. Anstelle von Oberst Heimannsberg soll die Leitung der Berliner Schutzpolizei Polizeioberst von Pöthen, ein früherer aktiver Offizier, übernehmen.

Wie verlautet, ist der Berliner Polizeipräsident Grzesinski seines Amtes enthoben worden. Zu seinem Nachfolger dürfte der Essener Polizeipräsident Dr. Melcher ernannt werden.

Staudinger, Krüger und Weismann verabschiedet

Berlin, 20. Juli. Auf Grund der ihm durch die Verordnung des Herrn Reichspräsidenten vom 20. Juli 1932 erteilten Ermächtigung hat der Reichsminister für Handel und Gewerbe, Dr. Staudinger, und der Staatssekretär im Reichlichen Ministerium für Landwirtschaft, Domänen und Forsten, Krüger, bis auf weiteres mit sofortiger Wirkung beurlaubt und sie ersucht, von der Ausübung ihrer Amtsgeschäfte Abstand zu nehmen.

Der Staatssekretär im Reichlichen Staatsministerium, Dr. Weismann, hat um seine Versetzung in den Ruhestand gebeten. Dem Antrag Weismanns wird entsprochen werden.

Wuch der Welt weggejagt

Berlin, 20. Juli. Das Reichskabinett trat um 18 Uhr zu der vorgesehenen Sitzung zusammen. Auf Grund der Tatsache, daß die preußischen Minister insgesamt eine Weiterarbeit unter Papen verweigert haben, hat Herr von Papen in seiner Eigenschaft als Reichskommissar für Preußen sämtliche preußischen Minister ihrer Ämter enthoben.

Grzesinsky und Weiß in Schutzhaft

Melcher übernimmt das Berliner Polizeipräsidium. Berlin, 20. Juli. In den Nachmittagsstunden gegen 16.30 Uhr erschien eine Abordnung Reichswache, um die Herren Grzesinski und Dr. Weiß in Schutzhaft zu nehmen. Der neue vom Reichskommissar für Preußen ernannte Berliner Polizeipräsident Dr. Melcher übernimmt darauf die Geschäfte des Berliner Polizeipräsidiums.

Auch Polizeioberst Heimannsberg verhaftet. Berlin, 20. Juli. Nach dem bisherigen Polizeipräsidenten Grzesinski und dem bisherigen Polizeioberst Heimannsberg ist nunmehr auch der frühere Kommandeur der Berliner Schutzpolizei, Polizeioberst Heimannsberg, vorläufig in Haft genommen worden.

Neuer Mordüberfall geplant

Das Reichsbanner bei seiner Blutarbeit ertappt

Sozialdemokratische Hundertschaft im Walde ausgehoben.

Straßburg, 20. Juli. Am Dienstag nach der Hirtveranmlung liefen bei der Polizei in Straßburg mehrere Meldungen aus. Nachteilig ein, wonach sich große Mannschaften aus der Regaister Chaussee in Höhe des Waldes gebildet hätten. Das in Straßburg anwesende Kommando der Stettiner Schutzpolizei fuhr nach Regaister und wurde dort von einem Feuerwehrgewagen aus Nischenberg dahingehend gewarnt, daß aus dem Walde Schüsse fielen. Als die Schutzpolizei vorsichtig heranzufuhr, wurde sie aus dem Walde beschossen. Die Beamten erwiderten das Feuer und konnten die im Walde versteckten Personen festnehmen.

Entgegen der Annahme, daß es sich um Angehörige der SPD handelte, wurde einwandfrei festgestellt, daß es sich um Angehörige der SPD handelte. Sämtliche im Walde befindlichen Personen wurden festgenommen. Insgesamt handelt es sich um ungefähr hundert Personen, darunter zwei Straßburger SPD-Stadträte, 14 dolgarartige Messer, 5 Gewehre, eine Schrotflinte, 77 Schußpatronen, einen Hammer, einen Schenkelmesser, 34 Dolchknäpfe, die teilweise mit Nadeln besetzt waren. Von den SPD-Leuten wurden zwei verletzt, einer davon ist gestorben.

Kommunistenunruhen in Weiswasser.

Weiswasser, 20. Juli. Im Zusammenhang mit einer am Dienstagabend in Weiswasser stattgefundenen nationalsozialistischen Versammlung kam es auf der Straße zu heftigen Unruhen kommunistischer Elemente. Die Polizei wurde mehrfach mit Steinen beworfen, worauf sie mehrere Schreckschüsse abgab. Jetzt fielen auch aus der Menge Schüsse. Der kommunistische Jugendführer aus Weiswasser, Rahnitz, wurde getötet und mehrere andere Personen, auch Polizeibeamte, verletzt. Zahlreiche Personen wurden verhaftet.

Feuerüberfall bei Bügelsch

Bügelsch, 20. Juli. Am Dienstagabend unternahm etwa 30 Kommunisten in der Nähe von Bügelsch einen Feuerüberfall auf eine Versammlung heimtückischer Nationalsozialisten. Die Täter ES fürzte sofort die Heden und Gebäude, in denen sich die Kommunisten verborgen hielten. Ein Mann wurde festgenommen. Es wurde eine Attentatsfalle mit kommunistischen Flaggen gefunden. Der Brand des Reiches Sinder Polizei. Die Beamten nahmen noch in der Nacht Hausdurchsuchungen bei Kommunisten vor, wobei zwei Gewehre und zahlreiche Munition gefunden wurden. Zwölf Kommunisten wurden festgenommen; ein großer Teil von ihnen ist tödlich.

Berlin, 20. Juli. Grzesinski, Dr. Weiß und Heimannsberg wurden nach ihrer Verhaftung nach Moabit in die Offiziers-Arrest-Anstalt gebracht. Nach der Übernahme der Geschäfte im Polizeipräsidium begab sich der neue Polizeipräsident Melcher, der neue Kommandeur der Schutzpolizei, in der Prinz-Friedrich-Karl-Straße, um dort das Kommando über die Schutzpolizei zu übernehmen. Die Übernahme erfolgte programmäßig.

Die Verhaftung der früheren Polizeigewalt-haber in Berlin erfolgte durch Hauptmann Jausa und zwölf Mann von der Reichswache.

Sie verzichten auf ihr Amt

Grzesinski, Weiß, Heimannsberg wurden am Mittwochabend gegen 21 Uhr wieder in Freiheit gesetzt, nachdem sie einen Beweis unterzeichnet hatten, daß sie auf die Fortführung ihrer Amtsgeschäfte verzichten.

Flugblätter der „Rote Fahne“ beschlagnahmt

Berlin, 20. Juli. Am Spätnachmittag des Mittwoch ließ die „Rote Fahne“ in den Straßen Berlins ein Flugblatt verteilen, in dem zum politischen Massenstreik als Protest gegen die Maßnahmen der Reichsregierung aufgefordert wurde. Die Polizei ließ an verschiedenen Stellen die Flugblätter beschlagnahmen und die Betheiligten verhaften. Weitere politische Maßnahmen in dieser Angelegenheit stehen zu erwarten.

Neue preußische Minister

Berlin, 20. Juli. Die kommissarische Veranordnung des preußischen Landwirtschaftsministeriums wird der Staatssekretär im Reichsernährungsministerium, Muffel, übernehmen. Das Handelsministerium der Vorkommnisse Ernst und das Finanzministerium Staatssekretär Schleutener. Wegen Übernahme der übrigen preußischen Ministerien wird Donnerstag zunächst mit den betreffenden Staatssekretären verhandelt werden. Der Staatssekretär im preußischen Innenministerium, Abegg, ist auch seines Postens enthoben worden.

Umfangreiche Kabinetts-umbildung in Italien

Rom, 20. Juli. Mit heutigem Mittwoch hat Mussolini das gesamte Ministerium neu besetzt. Mussolini selbst übernimmt das Außenministerium und das Korporationsministerium.

Es sind zurückgetreten der Minister des Inneren Grandi, der Finanzminister Dr. Mosconi, der Unterrichtsminister Mussolini, der Justizminister Nocco sowie sämtliche Unterrichtssekretäre.

Das Justizministerium übernimmt die Funktion, das Ministerium für Unterrichtsangelegenheiten, das Finanzministerium Duno. Außerdem sind neun Unterrichtssekretäre neu besetzt worden.

Die grundlegenden Personalveränderungen im italienischen Kabinett entsprechen, wie aus der amtlichen Mitteilung über die Kabinetts-umbildung hervorgeht, der in Italien ablaufenden Tendenz der „Wanderung der Ämter“.

„Wo denn weichen Sie man!“ Wenn Severing sich einbildet, mit seiner Gewalttheorie etwas Neues unternommen zu haben, irrt er sich.

Als nämlich die preußischen Truppen 1848 unter Generalstabswart von Brangel wieder in Berlin einrückten, trat dem Viten der Kommandeur der Bürgerwehr entgegen und erklärte, er weiche nicht der Gewalt. Wangel erwiderte ruhig: „Na, denn weichen Sie man; hier ist die Gewalt!“

Severing seines Amtes enthoben

Berlin, 20. Juli. Im Gebäude des preußischen Innenministeriums unter den Linden erschienen um 20.10 Uhr der Bevollmächtigte des Reichskommissars, Dr. Bracht, sowie der Berliner Polizeipräsident Melcher und ein Polizeihauptmann. Die Herren luden den bisherigen preußischen Innenminister in seinem Amtszimmer auf. Dr. Bracht erklärte Severing, die Amtsgeschäfte abzugeben. Darauf wiederholte Severing seine bekannte Erklärung, daß er gegen eine solche Maßnahme Einspruch erheben müsse und im übrigen nur der Anwendung von Gewalt weiche. Daraufhin wurde ihm die Gewalt angedroht, woraufhin Severing in sein Privatquartier im Ministerium begab. Damit war Severing seiner Amtsgeschäfte enthoben.

Das preußische Kabinett ruft Staatsgerichtshof an. Berlin, 20. Juli. Die alte preußische Regierung nimmt zu den heutigen Vorgängen wie folgt

Deutscher Mittelstand in Not!

Wirst Leben Du oder Wirtschaftstod? Willst Du aus Knechtschaft Dich befreien, Dann schließe an Dich unsern Reich'n und wähle Adolf Hitler.

Aus Bremen Stadt und Staat

Kindische Witzchen!

Sie haben das Wahlkampf-Programm der SPD, das in einem ungeheuren Eigenlob gegen die Nationalsozialistische Deutsche Freiheitsbewegung besteht, vor kurzem unseren Lesern mitgeteilt und sie werden sich daher erinnern, daß zu den „Kampfmitteln“ auch „Witzchen“ gehören, die an die Bevölkerung verteilt werden.

Ein Beispiel: Eine „Witzkarte“ zeigt den Namen von Papen, Reichsminister, mit einer langgestreckten Krone darüber. Dieser Pseudoreichsminister Herr von Papen, besetzt sich, Ihnen mitzuteilen, daß nach seiner Auffassung für Witzge, dem Baron aufwärts nur eine Partei in Betracht kommt, nämlich die Nationalsozialistische Deutsche „Arbeiter“-Partei.

Sehr wichtig, nicht wahr? Wenn wir mit den gleichen „geistigen Waffen“ kämpfen wollten, könnten wir einen Witzkarten-Zett verfaßten, der zwar keine solch schiefen Witzge, dafür aber eine düstere Wahrheit enthielte. Wir können also schreiben:

„Dr. h. c. Otto Braun, preussischer Ministerpräsident, besetzt sich, Ihnen mitzuteilen, daß nach seiner Auffassung für Schieber jeden Kalibers von Darmat, Ausländer und Sklaven abwärts die SPD, allein ausreichendes Geld zur Verfügung bietet. Korruption jeder Art ist unserer Partei nicht nur angenehm, sondern Lebensbedürfnis.“

Weg mit dem Parteienbrei,
Alle wählen Liste 2!
Landvolk wähle Liste 2
Dann ist deine Not vorbei!

Hanseatischer Seefahrtsverein, Mitgliederversammlung heute, 20.30 Uhr, im Restaurant Lübs. Gäste willkommen.

Bereinigung der Kriegshinterbliebenen e. V. (Vorstands 2. Nachf.). Die Sprechstunde findet vorläufig auch während der Ferien Dienstag von 7 bis 8 Uhr abends, Roonstraße 43, statt.

NORDDEUTSCHER LLOYD BREMEN

Tägliche Fahrten nach Helgoland u. Wangerooze
Aberdem am 23.24. Juli

Sommernachtfahrt nach Helgoland

Minifahrt am 23. Juli
Bremen (Freihaf.) - Helgoland (Landgabr.)
Rückfahrt am 24. Juli mit D. „Glückauf“ Abt. 20.30

Helgoland - Bremerhaven mit D. „Roland“
Bremerhaven - Bremen (Hbf.) mit der Eisenbahn
Fahrpreis RM. 8.50 einseitig, Dampfer- und Eisenbahnfahrt

Fahrkarten und Auskunft durch die Verwaltungen des Nord. Lloyd

Die Fleischermeister protestieren „Schlachtsteuer vom Senat über Nacht aufgehoben“

Das behaupten nicht wir. Die Obermeister des Bezirksvereins Nordwest des Deutschen Fleischer-Verbandes beschützten sich noch einmal mit der von der nationalsozialistischen Fraktion in der Bürgerchaft aufs schärfste bekämpften Schlachtsteuer. Wie recht wir mit unseren Angriffen gegen die Praktiken des Senates oft genug haben, bezeugte der Vorsitzende Obermeister Domeyer, der darauf hinwies, daß der Senator der Schlachthofdeputation zunächst eine befriedigende Erklärung abgegeben habe und dann über Nacht die unheilvolle Steuer aufgehoben habe. Besonders wurde auch von den Meistern die sogenannte Ausgleichsteuer bemängelt.

Folgende Protestentschließung zur Aufhebung der Schlachtsteuer wurde einstimmig angenommen:

„Der Obermeisterstag des Bezirksvereins Nordwest im Deutschen Fleischer-Verband lehnt die Erhebung der Schlachtsteuer ab. Das Fleischerhandwerk ist bereits mit Steuern belastet, daß es ihm unmöglich ist, die Schlachtsteuer zu tragen. Die Länder-Regierungen, insbesondere der Finanzminister Reppert, sind aufeinander zu wirken, um die Erhebung der Schlachtsteuer vollständig zu verhindern, oder wollen nicht sehen, wie traurig es dem Fleischerhandwerk in der augenblicklichen Notlage durch die Schumpfung des Umsatzes und durch die unerhörte Steuerbelastung geht, denn sonst ist es dem Fleischerhandwerk unvorstellbar, wie man eine solche unsoziale und brutale Steuer erdacht und einführen kann. Den Länder-Regierungen scheint die Not des Volkes nicht bekannt zu sein. Auf

der einen Seite soll den Vermitteln der Armen durch billige Lebensmittelpreise geholfen werden und auf der anderen Seite wird diese Geste durch Einführung neuer Steuern illusorisch gemacht. Glaubt die Regierung, diese Steuer auch noch auf das Fleischerhandwerk abwälzen zu können? Für das Fleischerhandwerk ist diese Steuer untragbar, es sei denn, daß die Länder-Regierungen, welche die Steuer verhängt haben, beachtlichen, das Fleischerhandwerk zu ruinieren und aus dem Verteilungsplan auszuschalten und die Sozialisierung des Fleischerhandwerkes herbeizuführen. Das Fleischerhandwerk ist nicht gewillt, diese Pläne mitzumachen und wird die schärfsten Vorkehrungen ergreifen, um die unsoziale und brutale Steuer zu beseitigen.

Auch über die Auswirkungen der Schlachtsteuer scheinen sich die Länderregierungen im Unklaren zu sein. Denn nicht der Konsument und Schlächter, sondern auch die Landwirtschaft, welcher es doch durch den kolossalen Anstieg der Preise sehr schlecht geht, werden die Träger der Steuer sein. Die letzten Viehmärkte haben schon bewiesen, daß infolge Erhebung der Schlachtsteuer eine Umfahrgumpung eingetreten ist, welche die Schlachtviehpreise katastrophal gedrückt hat und die Landwirte weiter dem Ruin entgegenbringt.

Aus vorstehenden Gründen fordern die heute im Schlachthof-Restaurant versammelten Obermeister des Bezirksvereins Nordwest im Deutschen Fleischer-Verband die Aufhebung der Schlachtsteuer.“

Spielplan der Vereinigten Theater

Bei der kürzlich unter den Besuchern der Vereinigten Theater stattgefundenen Abstimmung, welche der großen Filmwerke der letzten Spielzeit zu einer nochmaligen Aufführung gewählt wurden, erhielten die Filme „Der blaue Engel“, „Bomben auf Monte Carlo“ und „Die drei von der Tankstelle“ die meisten Stimmen und sind daher zur Neuauflage vorgemerkt worden. Der Film „Bomben auf Monte Carlo“ mit Hans Albers, Anna Sten und Heinz Rühmann in den Hauptrollen gelangt ab Freitag, den 22., im Metropol-Theater zur Vorführung. Die rege Beteiligung für diesen Film bei der Abstimmung sichert ihm erneut einen großen Zuspruch. Der Film „Die drei von der Tankstelle“ mit Lilian Harvey, Billy Fritzsch, Oscar Karlowitz, Heinz Rühmann u. a. gelangt dann am Dienstag, den 26., im Metropol-Theater zur Vorführung. — Im Kaiser-Theater und Palais-Theater läuft ab Freitag, den 22., das sensationelle Doppelfilms-Programm „Der Weltmeisterkampschlachtpampf Schmelting-Scharley“ und der erste

Tom-Mix-Tonfilm „Tom rechnet ab“. — Das Apollo-Theater und das Ganss-Theater bringen ab Freitag, den 22., das erfolgreiche Volkstheater „Frau Wehmanns Tochter“ mit Hansi Riese und Fritz Kampers.

Unfälle. Am Vangerberg kam ein Kraftfahrer zu Fall und erlitt Verletzungen im Gesicht, so daß er dem Krankenhaus zugeführt werden mußte. — Mit einem Einbruch wurde ein Kraftfahrer in die Kr. Kranenanstalt eingeliefert, der auf der Schloßbrüder Heerstraße gegen einen Zaun gefahren war. — Beim Rangieren auf dem Güterbahnhof erlitt ein Rangierer erhebliche Quetschungen an beiden Beinen, die seine Überführung in das Krankenhaus erforderlich machten. — Auf dem Postenweg fuhr ein Kraftwagenfahrer gegen ein Sperreis, so daß er durch den Stoß mit dem Kopf gegen die Windschutzscheibe gestoßen wurde und sich verletzte. Er mußte einer Kranenanstalt zugeführt werden.

Polizeibericht. Seit dem 17. Juli sind von einer weiblichen Bedienerin und Oberbedienerin der Eise eine 3 Jahre 6 Monate alte, schwarzhaarige Duene, 9 bis 10 Sentner schwer, mit kleiner, weißer Weste

und kleinen zierlichen Hörnern, vermischt. Meist Horn und rechte Bege tragen das eingetragene Zeichen C. R. Im rechten Ohr befindet sich eine Schmelzeinschlagung. Für die Wiederherstellung wird eine Bescheinigung von 20 RM. ausgestellt. Nähere Angaben werden im Polizeibüro, Zimmer Nr. 409, entgegengenommen. — Das gefundene gefundene gemeldete Motorrad D. 9312 ist wideraufgefunden worden. — An verschiedenen Stellen der Stadt wurden zwölf Fahrräder gestohlen.

Achtung! Stimm Scheine für die Reichstagswahl

werden noch bis einschließlich Freitag, 22. Juni von 9 bis 19 Uhr im Polizeibüro, Zimmer 118, ausgestellt. Auf schriftl. Antrag erfolgt portopostfreie Zusendung. Formgebung für die Ausstellung von Stimm Scheinen ist, daß der Stimm Berechtigte in den Wählerlisten eingetragen ist.

Für Seefahrer gelten Sonderbestimmungen. Sie können in der Zeit vom 21. Juli bis zum 5. August d. J. einen Stimm Schein erhalten und wählen, wenn sie in ihrem Seefahrtsbuch einer vom Seemannsamt oder von einer Gemeindeführer eingetragen, noch gültigen Vermerk vorweisen, der sie zur Entgegennahme eines Stimm Scheines berechtigt. Zu diesem Zweck wird den Seefahrern das Seefahrtbuch ausgedruckt.

Stimmabgabe der Seefahrer

Besüglich der Sonderregelung für die Stimmabgabe der Seefahrer wird auf die Anweisung des Wahlkommissars vom 18. Juli 1932 besonders hingewiesen.

Rundfunk

Donnerstag, 21. Juli. 16. Deutsche Jugendstunde. 16.30 Nachmittagskonzert. 17. Festakt des Deutsch-Nordischen Studentenbundes in Rostock. 18. Straßenspiele. 18.30 Die Staatsrechtliche Stellung Danzigs. 18.55 Frankfurter Abendbesprechung. 19. Mitternacht. 19.15 Wetterbericht. 19.20 Nachschicht von Dönnberg. 19.30 Luitpold. 21.10 Sörpöl von Rada. 22.30 Nachrichten. 22.30 Tanzmusik.

Freitag, 22. Juli. 5.45 Wetterbericht. Landwirtschaftsberichterstattung. 6. Morgengymnastik. 6.15 Wetterbericht. 6.30 Morgenmusik. 7. Zeitungsbesprechung. 8.15 Hausfrauenrat. 10.50 Nachrichten. 11.30 Mittagskonzert. 12. Zeitungsbesprechung. 13.10 Kriminalroman. 13.15 Schallplattenkonzert und Zumburden. 14. Nachrichten. 14.10 Märkte und Wälder im Borspork. 15. Sörpöl. 15.40 Schiffahrt. 16.10.

Der Sohn der Surcht

ROMAN VON WILHELM MÖLLER-CRIVITZ

20. Fortsetzung

In einem Nebenstück saßen mehrere Bekannte mit jungen Mädchen. Hin und wieder wechselte schon die Unterhaltung von haben noch drüben, bis man sich entschied, die Tische zusammenzurücken. Johannes Stahmer übernahm gewandt die Vorführung. Es waren drei junge Verkäufer, die ihre Freundinnen mitgebracht hatten. Besonders fiel Gerd eine schlanke Brünnette auf, die vielleicht 18 Jahre alt sein mochte. Ihr Gesicht wirkte in der Dämmerung sehr anziehend. Sie hatte interessante, ausgeprägte Züge, dunkle, sehr lebendige Augen und einen feingehauchten Mund. Einen Augenblick lang sah sie Gerd prüfend an, dann aber schloß sie ihm lebhaft die Hand.

Zuerst war Gerd verunsichert, was den anderen der Tischrunde viel Spaß zu machen schien. Besonders der Freund der Tische schien Gefallen daran zu finden, Gerd in Bedrängnis zu bringen.

Während die jungen Leute sich angeregt unterhielten, mußte das junge Mädchen Gerd bald ganz für sich in Anspruch zu nehmen. Sie erzählte ihm, daß sie aus Hamburg sei und nun vorübergehend bei einer Tante zu Besuch sei. Sie finde Schwerin zwar nicht so abgeschmackt wie viele Mittelstädte, auch nicht durchaus langweilig, aber gegen Hamburg sei es doch ein reines Dorf! Das wollte Gerd nun nicht zugeben. Er räumte den herrlichen See, den großen Schlossgarten, die Promenade und vor allem die schönen Bilder der Umgebung. Nicht zu vergessen aber sei das Museum und besonders das Theater. Das könne doch sicher mit den Bühnen Hamburgs konkurrieren, meinte Gerd.

Nun, konstatieren sei sehr viel gesagt, erwiderte das junge Mädchen ein wenig überlegen. Sie habe einige recht nette Aufführungen gesehen. Gewiß, die Bühne sei geschmackvoll, die Kräfte an ihr sicher auch beachtenswert. Aber es fehlte ihr doch eben jenes Große, was nur die Bühnen von Welt auszeichnen.

Wissen Sie, Herr Volkshagen, es ist das Große, das erhebt und zugleich niederdrückt, das begeistert und uns in Zorn versetzt. Das fehlt mir an dieser Bühne. Ich glaube, sie ist zu

breit, zu sehr auf das Niveau der Kleinstadt eingestellt. Kurz: sie ist reichlich unmodern.“

Da meinte Gerd verschiden zu müssen, daß die Medienwerke keine geringen Ansprüche an ihr Theater stellten. Hier werde die Kunst in einer so vorbildlichen Weise gepflegt, wie es selten anzutreffen sei.

„Meinen Sie?“ erwiderte die Brünnette ein wenig pikiert. Als sie Gerd's hilfloses Gesicht sah, ließ sie sich aber herab, doch zuzugeben, daß er damit, wenn auch nur sehr bedingt, recht haben könne. „Aber“, fuhr sie gewandt fort, „ist das denn heute so erstrebenswert? Sind es nicht andere Fragen, die uns junge Menschen von heute bewegen als die schönen Wortmalereien der Klassiker? Sehen Sie, das ist es, was ich vorhin schon sagte, man ist hier in Schwerin nicht modern. Haben Sie denn übrigens je Strindberg, Wedekind, Schnitzler oder gar Klodows „Freie“ hier gesehen?“

Das mußte Gerd verneinen. Er besaß aber, daß die gesellschaftliche Stellung es dem Bürger verbiete, der neuen Richtung bedingungslos zu folgen. Und sei diese Abwehr gegen die Moderne nicht gerade das, was Schwerin, wie überhaupt die Mittelstadt, auszeichne?

Das glaubte das junge Mädchen nun wieder nicht. Im Gegenteil, meinte sie, darin sei ja gerade die große Gefahr zu erblicken. „Es wird unter der Oberfläche fortgesetzt brodeln, weil es sich nie natürlich entladen kann. Einmal wird der Geist des Modernen sich ja doch durchgesetzt haben. Und dann? Ist es dann nicht vielleicht schon zu spät? Ist das Unheil dann nicht schon so groß geworden, daß es kaum eine Möglichkeit mehr gibt, sich vernünftig zu entladen und ruhig anzuschauen?“

„So ähnlich frage ich mit großen Worten über allerhand Probleme und ahnen dabei nicht, daß ihr Gespräch weit über eigenes Denken hinausging. Es war auch nur ein kühnes Spiel mit Worten, das das junge Mädchen bewußt führte und das Gerd bezugerte.“

Er war so begeistert von ihr und ihrer Ausdrucksweise, daß er, ohne auf ihren Freund Auf-

sicht zu nehmen, sie hat, ihm bald wieder einmal die Gelegenheit eines so regen Gedankenanstausches zu geben. Da sah sie ihn einen Augenblick lang fragend an und wandte sich dann — ein wenig zu laut, wollte es Gerd dünken — an ihren Freund und verriet dem Gerd's Bitte. Der aber lachte und meinte, es sei ihm nichts daran gelegen, wenn Gerd an der gegenseitigen Freundschaft „partizipiere“. Das war Gerd sogar unangenehm, wie dieser junge Mann seine freundschaftlichen Beziehungen zu dem jungen Mädchen so bestien gab. Er fühlte sich aber darüber hinweg, war es ihm doch die Hauptfrage, daß er Gelegenheit fand, sie bald wiederzusehen und mit ihr zu sprechen.

Als Gerd nachher mit Johannes Stahmer nach Hause ging, wachte er nicht genug zu erzählen von der Gedankenfülle dieses jungen Mädchens. Der Freund ließ ihn ausprechen. Erst vor dem Hause, in dem Gerd wohnte, sagte er:

„Weißt Du, Gerd, das Frauenzimmer gefällt mir nicht. Sie hat sicher zuviel gelesen. Die post nicht zu Dir, der Du alles viel zu schwer nimmst. Merkt Du denn nicht, daß sie mit allen hochtrabenden Gedanken nur ihr durchsichtiges Spiel mit Dir treibt?“

Darüber wurde Gerd sehr ungehalten. „So mußt Du nicht über sie sprechen, Johannes. Ich finde das wenig vornehm von Dir.“

Der lachte und bot ihm das Zigaretten-Glas. „Dah es Dir von mir aus den Erfahrungen an, Gerd. Ich will Dein Freund nicht sein, wenn sie nicht doch ein Luder ist.“

„Gute Nacht“, erwiderte Gerd schroff und wandte sich ab. In der Dunkelheit drehte er sich noch einmal um und sagte bitter hinzu: „Du fallest nicht über jede Frau so leichtfertig urteilen, Johannes. Das verrät unsere Freundschaft nicht.“

Seit diesem Abend kam ein fremder Ton in das Freundschaftsverhältnis zu Johannes Stahmer.

Nachtrafen sie sich noch, machten auch noch Spaziergänge, aber Gerd war nicht mehr der gleiche, wie früher. Er machte scharfe Einwendungen gegen die Auffassungen seines Freundes, die er früher hatte gelten lassen. Aber sein Urteil kam nicht aus guter Meinung, es war Wider-

stand und seinen zierlichen Hörnern, vermischt. Meist Horn und rechte Bege tragen das eingetragene Zeichen C. R. Im rechten Ohr befindet sich eine Schmelzeinschlagung. Für die Wiederherstellung wird eine Bescheinigung von 20 RM. ausgestellt. Nähere Angaben werden im Polizeibüro, Zimmer Nr. 409, entgegengenommen. — Das gefundene gefundene gemeldete Motorrad D. 9312 ist wideraufgefunden worden. — An verschiedenen Stellen der Stadt wurden zwölf Fahrräder gestohlen.

Johannes Stahmer bedauerte es, wenn er einsehen mußte, daß Gerd nun Juch nicht, besonders aber dann scharf und abfällig wurde, wenn er die Beziehungen Gerd's zu dem jungen Mädchen erwähnte.

„Du siehst das Mädel durch rosig gefärbte Gläser, Gerd. Das ist gefährlich für Dich, glaub es mir nur. Hast Du denn nicht längst herausgefunden, daß ihr gar nicht so sehr an einander, wertvollen Gedanken liebt? Sie schleicht Dich Abend für Abend in teure Reppelale und läßt sich von Dir freipalzen.“

„Ach, das ist ja Anstus, was Du da über sie sagst, Johannes. Das Mädel ist nicht ohne Geist und feinsinniges verstand. Das muß ich doch anerkennen! Ihr Urteil ist schlagfertig und sehr gesund. Aber hälst Du mich wirklich für falsch einen Trottel, daß ich blind alles glaube?“

„Ja, hör mal, Gerd, das ist aber wirklich das erste Mal, daß ein Mädel in dem Alter, das Reppelale liebt, nachts und gesund unterhalten kann und wirklich nachdenken soll. Ich ärgere mich, wie sie Dich am Gängelband führt. Ja, wohl, Gerd, das ärgert mich. Ich sei mir, weiß Gott, nicht genug, daß sie an Deiner Seite noch andere junge Leute anlockt. Reg Dich nur nicht sinnlich auf. Ich habe es mehr als einmal selbst gesehen. Merkt Du denn gar nicht, mit welchen Augen sie den Markward anstarrt? Sie verheimlicht ihn ja bald, diesen gedachten Verbenjüngling.“

Gerd lachte unfrei. „Einschätzung von Dir, Johannes. Ich sage Dir, sie mag diesen Gerd nicht leiden. Schon ein paar Mal hat sie mir sehr gelobt, daß Markward nicht so mit seinen herausfordernden Blicken geradezu beunruhigt. Ich werde bei nächster Gelegenheit einmal recht deutlich mit ihm sprechen. Darauf kannst Du Dich verlassen.“

„Es fehlt nur noch, daß Du ihm Deine Karte und ein paar Exzellenzen auf die Bude schickst“, höhnte der Freund. Er sah ein, daß es nutzlos war, Gerd noch fest von diesem Mädchen abzuhalten. Wenn ihm denn nicht zu raten war. . .

Sie gingen eine Zeitlang schweigend nebeneinander. Plötzlich blieb Johannes Stahmer stehen, Lange sah er Gerd an, verurteilte ihn in die Augen zu sehen. Doch Gerd wich seinen Blick aus. Dann sprach der Freund, langsam, vorsichtig.

(Fortsetzung folgt)

Der Bremer Einwohnerschaft zur Kenntnis:

Großangelegter Wahlbetrug der SPD. Bremens

Wir konnten bereits gestern mitteilen, daß der Propagandaapparat der SPD, Siebed, auf der Parteiverammlung am 16. Juni 1932 in Leipzig erklärte:

„Bei der Gestaltung der Agitation müssen wir auch mit Lüge und Demagogie arbeiten, um die Massen bei uns zu behalten.“

Ein Meisterstück der Lüge, die aber zu Plump ist, als daß sie nicht auch von dem Fälschler erkannt würde, hat sich die SPD. Bremens erlaubt. Wir geben hiermit den Inhalt des Plakats wieder, das die SPD. gestern an den Anschlagstufen platziert hat.

Die SPD. schreibt:

400 000 SA-Männer marschieren

Behauptet die nationalsozialistische Partei.

Sie erhielten neue Stiefel und sonstige Ausrüstung kostenlos im Betrage von 120 RM. pro Mann.

Viele hundert Marschierer haben aber auch die rauhen Kämpferbeine.

Die Marschierer unterschätzten die braune Gefahr und schätzten, in denen ein großes Heer von hochbegabten SA-Führern und Parteibegleitern die riesenhafte und kostspielige Propaganda treibt.

Kostenpunkt: 150 Millionen RM.

Wer zahlt das?

Etwa die Arbeiter, Angestellten und Beamten? Denen Lohn und Gehälter auf das Äußerste gekürzt wurden.

Nein!

Etwa die Bauern und Gewerbetreibenden? Die stets über niedrige Preise und hohe Steuern klagen.

Nein!

Wer hat also die 150 Millionen RM. gestiftet? Nur die Kapitalisten, Fürsten und Großpensionäre.

Und warum haben sie soviel Geld her?

Damit die SA. und SS. die Volksgesundheit unterdrücken und durch Terror die Volksgesundheit unterdrücken lassen.

Damit der Boden für die Gewalttätigkeit der Fürsten und Junker und Generale erichtet wird. Damit das bankrotte System der kapitalistischen Wirtschaft weiter aufrecht erhalten werden kann.

Das ist der wahre Sinn der reaktionären Opferbereitschaft.

In quereck muß aber doch die wertvolle Masse die Kosten aufbringen.

Verteidige, wahre Freiheit und Recht!

Wähle SPD — Liste 1 — A. Jans.

Dazu erklären wir:

Freier und dreierhalb hat die SPD. noch auf keinem Wahlplatz gelogen. Wir erklären vor der Öffentlichkeit die Plakatfreier für betrübliche Schwindler, die durch plumpe Betrugsmethoden die wertvolle Bevölkerung wider besseres Wissen für dumm verkaufen wollen.

Damit die Plakatfreier auch in das rechte Licht gerückt werden und sich nicht ihrer Verantwortung vor der Öffentlichkeit der Bremer Bevölkerung entziehen können, fragen wir die Verfasser dieser Wahlplakate und verlangen zugleich Antwort:

1. Welcher der 400 000 SA-Männer haben neue Stiefel und sonstige Ausrüstungen kostenlos im Betrage von 120 RM. erhalten? Wir verlangen von den Schreibern die Namen der Geldgeber und die Namen der SA-Männer, die sie erhalten haben sollen. Also, antwortet!

2. Stellen wir fest, daß in den SA-Heimen arbeitslose Volksgenossen Unterkunft und für wenig Geld Verpflegung erhalten, deren Mittel durch die Opferbereitschaft der Parteigenossen oder Freunden der Bewegung aufgebracht werden. Die „Volkzeitung“ schreibt es ja gestern selbst und gibt zu, daß Mitglieder der SPD. bei Sympathisierenden in den Häusern gesammelt haben. (Kapitalisten haben ja etwas nicht nötig).

3. Sollen die Plakatfreier einmal nachweisen, welche hohen Gehälter die SA-Führer, die

nach ihrer Rechnung riesenhafte sein sollen, angeblich erhalten haben.

4. Woher kommt in der SPD.-Eigenrechnung der Kostenpunkt 150 Millionen? Ist die Zahl aus der Luft gegriffen?

5. Wer zahlt das?

Das kann jeder sagen: Die Kapitalisten, Fürsten und Großpensionäre.

Wir verlangen die Namen der Geber und die Summen, die sie gespendet haben schwarz auf weiß. Wie verteilen sich die angeblichen 150 Millionen RM.?

6. Erklären wir, daß die SA. und SS. die Volksgesundheit gar nicht mehr berücksichtigen, da sie mit den Notverordnungen, die die SPD. während der Weimarer-Regierung und als erste mit verschuldet hat, durch § 48 der Verfassung außer Kurs gesetzt worden sind.

7. Fordern wir einen Beweis, wie und wo der Boden für die Gewalttätigkeit der Fürsten und Junker durch uns errichtet werden soll.

8. Als bewußte und unverschämte Lüge bezeichnen wir die lächerliche Behauptung, daß durch die SPD. das bankrotte System des kapitalistischen Wirtschaft weiter aufrecht erhalten werden könnte. Wir behaupten vielmehr, daß die SPD. das kapitalistische System aufrecht erhält, da sie die jüdischen Kapitalisten wie Jakob Goldschmidt zu ihren „Geldgebern“ zählen darf.

Schließlich erklären wir, daß die Plakatfreier sich selbst widerlegen, wenn sie behaupten, daß die wertvollen Massen (vorher sollten es doch Kapitalisten sein) die Kosten aufbringen. Jawohl, die Kosten bringt jeder einzelne Freiheitskämpfer der SA. auf.

Wir aber schliefen:

Plakatfreier antwortet, damit ihr vor dem Volk als Lügner gerichtet werdet!

Keine Winkelzüge verlangen wir im Namen des Volkes. Bindende und klare Antworten auf unsere Fragen und Erklärungen.

Beweist einmal, was ihr behauptet habt!

Das Volk wird richten!

Kriegsopfer, Notverordnungen und Nationalsozialismus

In diesen Tagen, da — wieder einmal — ein Lügenflugblatt der schwarzroten Parteien das Land jagt, gilt es für die deutschen Kriegsopfer, die Verwundeten, die Witwen mit ihren Waisen und die Eltern sich wieder und immer wieder deutlich und rückstandslos daran zu erinnern, was diese Parteien nicht für die deutschen Kriegsopfer taten.

Selbst den deutschen Soldaten des Weltkriegs und die Seinen befähigen diese Parteien. Sie schämen sich nicht, auch diesen Volksgenossen, deren Blut für die Nation auf dem Felde der Ehre floß, und ihren Angehörigen, ganz grobe Lügen aufzutischen, immer noch und immer wieder.

Wer hat denn eigentlich 14 Jahre lang Gelegenheit gehabt, den deutschen Kriegsopfern seine Liebe und seine Achtung zu beweisen?

14 Jahre, entsetzlich lange Jahre, haben die schwarzroten Parteien nichts getan für die deutschen Kriegsopfer, außer, daß sie sogar noch Notverordnungen machten. Sie haben sie gemacht, die Tatsache ist nicht mehr aus der Welt zu schaffen. Und die letzte Notverordnung stammt in ihrem Entwurf noch von der Regierung Weimarer.

Aber von uns stammen keine Notverordnungen für Kriegsopfer, denn uns stammt vielmehr das Wort: Für die deutschen Kriegsopfer hätte niemals eine Notverordnung in Kraft treten dürfen.

Da helfen keine schamlosen Annäherungen der schwarzroten Genossen gegen uns: die Tatsache ist nicht wegzulegen, daß außer Notverordnungen von internationaler Verbrüderung und positivistischen Frühlingsopern nichts für die Kriegsopfer geschah, viel weniger für das deutsche Volk selbst.

Sollen wir die Verwundeten erinnern, was man ihnen an Unrecht antat? Ein Beispiel nur (von anderen „Leistungen“ ganz abgesehen): der Vater eines Mannes. Einmal Verlorenes gibt es wohl wirklich kaum. Den deutschen Kriegsopfern und Frontsoldaten gab man den Beamten-Schein und den bürgerlichen Beamten die — Beamten-Stelle.

Den Witwen, den Waisen, den Eltern? Ging es ihnen besser? Beantwortet es hätten sie nicht einmal das Armenrecht, warten auch sie — ebenfalls seit 14 Jahren auf den Dank der Nation.

Es ist zu deutlich, wieviel und wie sehr bisher an den deutschen Kriegsopfern gesündigt wurde, aus Abgibt und Gleichgültigkeit und aus internationaler und positivistischer „Weltanschauung“.

Jetzt aber, da der Nationalsozialismus, dem die Leiden und Sorgen der deutschen Kriegsopfer von Grund aus bekannt sind, mit seinem deutschen Programm für die Kriegsopfer hervortritt, jetzt, da endlich die deutsche Kriegsopferversorgung geschaffen werden soll, jetzt, endlich die pflicht- und vaterlandvergebenden Parteien ganz plötzlich, doch Kriegsopfer überhaupt da sind.

Jetzt, nachdem die schwarzroten Parteien 14 Jahre lang, während deren die Not und das Leid aus den Augen der deutschen Kriegsopfer schaute, mittelst und ohne Rücksicht die Kriegsopfer abseits liegen ließen, jetzt, da wir das ändern wollen und endlich den Dank des Vaterlandes wahr machen wollen, jetzt, im Juli 1932, also kurz vor der Reichstagswahl, wollen die Systemparteien plötzlich helfen.

Deutsche Kriegsopfer, glaubt ihnen nicht!

Ihr habt den 14-jährigen furchtbaren Beweis, daß ihre Versprechungen unwahr sind. Es paßt gar nicht in ihr positivistisches Programm, die Leistungen und Taten von Kriegsopfern anzuerkennen. Sie hatten für euch noch nichts übrig und werden auch in Zukunft nichts für euch übrig haben. Sie haben mittelst eurer Renten gekürzt, ebenso mittelst eurer Witwen und Waisen; selbst die alten Eltern wurden der notwendigen Renten beraubt. Alle Angehörigen denken darauf hin, daß sie vor weiteren Einschränkungen und Wägungen gegenüber den deutschen Kriegsopfern nicht halt machen.

Parteien, die 14 Jahre lang die Ehre und das Ansehen des deutschen Soldaten, des Verwundeten und der Seinen, mit Füßen traten, werden sich nicht plötzlich ändern. Und wenn sie statt der plötzlich erfindenen drei Pfeile ein ganzes Dutzend und mehr zu ihrem „Wappen“ machen, sie werden ihren Charakter nicht ändern. Sie werden die deutschen Kriegsopfer weiterhin und in aller Zukunft verächtlich und nachlässig behandeln und damit vollkommen in Vergessenheit geraten lassen.

Nur vom Nationalsozialismus haben die deutschen Kriegsopfer noch die Reform und ihr endgültiges deutsches Kriegsopfer-Versorgungsrecht zu erwarten. Nur von ihm.

Daß die deutsche Kriegsopferversorgung endlich nach 14 langen Jahren Wirklichkeit werde, dazu muß jedes einzelne Kriegsopfer, der Verwundete, die Witwe, die Waise, der alte Vater und die alte Mutter, deren Sohn für Deutschlands Ehre und Freiheit fiel, uns helfen.

Es ist aber auch Ehrenfache jedes ehemaligen Soldaten und guten Deutschen, hier mitzuhelfen, diese Dankeschuld zu erfüllen.

Wir wollen die deutsche und die Deutschlands würdige Kriegsopferversorgung schaffen. Wir wollen, daß das Vaterland endlich anerkennend und dankbar sei.

Auch das arme.

Denn sollen alle wahrhaft Deutschführenden, dazu müssen die Kriegsopfer aller Väter am 30. Juli beitragen mit dem Stimmzettel für die Nationalsozialisten. Liste 2.

SPD. für Arbeiterbetrug

Hier auf dem Parteitag der SPD. Bremens in Köslin, Bericht im „Vorwärts“ vom 29. August 1908 (Nr. 202):

„Die Landarbeiter sind viel zu zufrieden, wir müssen sie unzufrieden machen, sie aufheben.“

Reichshof, Landarbeitersekretär des sozialdemokratischen Landarbeiterverbandes am 30. Mai 1920 in Berlinhausener:

„Lassen Sie eigentlich, daß die Sozialdemokratie so dumm ist, Hunderttausende von Landarbeitern anzuführen und selbständig zu machen? Der Erfolg für die Sozialdemokratie würde ja nur der sein, daß diese ehemaligen Landarbeiter nicht mehr daran dächten, sozialistisch zu wählen.“

Der SPD. ein Schlag ins Gesicht

Wieder eine SPD-Lüge

Steuersenkung in Oldenburg

Oldenburg, 20. Juli. Das Staatsministerium teilt folgendes mit: Vergleichsweise politische Parteien behaupten in der Öffentlichkeit, daß die oldenburgische Staatsregierung die Einkommensteuer einzuführen beabsichtigt. Diese Behauptung ist unwahr. Das Staatsministerium gibt folgendes bekannt, daß im Landesteil Oldenburg die im November fällig werdende Rate der staatlichen Grund- und Gebäudesteuer um 10 v. H. gesenkt wird.

Notzeit!

Norderney. Folgendes Anschlag kann man an einem Norderneyer Hotel lesen:

„Die kompl. Einrichtung dieses ganzen Hauses mit 30 Betten, Wäscherei, großer Restaurantküche, reichlich viel Kuchengeld, 40 Spiegel, Bildern, Tapeten, Wäpfe, Kristall, Kronleuchtern, sowie Tisch- und Stühle für 100 bis 200 Personen, feinstes Porzellan, Glas, Kaffeeservice usw., Mobiliar, Feuerversicherung RM. 100 000, ist zum Spottpreis von RM. 30 000 bar zu verkaufen. Der Käufer der Einrichtung erhält dieses nach allen vier Seiten freistehende unbelastete schöne Gebäude gratis. Unmittelbar gelegener Brandstattenwert allein des Gebäudes RM. 110 500.“

Verleger: Kurt Thiele, M. d. R. Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Hans-Joachim von Eickard; für den Angelegenheit: M. Kofens, Amtsblatt in Bremen. — Verlag: Bremer Nationalsozialistischer Verlag.

Notationsdruck: Welter-Druckerei Bremen.

Die Novembermänner

haben im Jahre 1918 einen noch intakten Staat und eine noch funktionierende Verwaltung übernommen.

Was ist daraus geworden?

Die damals ausgeglichenen Finanzen sind in ihrer Stabilität vollkommen erschüttert. Ein Steuerbolschewismus ohne Ziel und Grenzen hat die deutsche Lebenskraft ruiniert. Der gesunde Menschenverstand findet sich in dem Zerger der Zins- und Fronabgaben, die wir entrichten müssen, gar nicht mehr zurecht. Der Arbeiter hat keine Arbeit mehr, um sich rechtlich sein tägliches Brot zu verdienen. Er lebt von den Hunger- und Bettelgroßen, die das System ihm zuwirft.

Der Bürger muß, soweit er überhaupt noch Beschäftigung hat, mehr an Steuern bezahlen, als er überhaupt einnimmt. Jeder Kleinverdienende ist gezwungen sich einen eigenen Finanzsackverdrängenden zu halten, damit er in all dem Wirrwarr nicht mit dem Gesetz in Konflikt kommt.

Der Bauer verkauft sein Vieh aus dem Stall heraus, um seine Abgaben an den Vater Staat entrichten zu können.

Die freie Wirtschaft ist durch Steuern so erdrückt, daß jede Unternehmungslust und Initiative vollkommen abhanden gekommen ist.

Was ist das für ein System, das seinen Bürgern den fargen Notgroßen wegnimmt und seiner Wirtschaft die Substanz aufsticht, mit der sie arbeiten soll? Das seinen Arbeitern keine Arbeit geben kann und sie mit Vorkommnissen abspricht? Das seine Bauern von Hof und Scholle verjagt und unfähig ist, wenigstens die heimische Ernte zu sichern?

Was ist das für ein System, das dem ganzen Volk in der Inflation sein Vermögen gestohlen hat und heute glauben machen will, daß sei ein Elementarereignis gewesen? Das sich jetzt einer rigorosen Deflation bedient, um seine oberflächliche Politik zum Schaden des Volkes aufrecht zu erhalten?

Was ist das für ein System, das immer wieder neue Schlagwörter erfindet, um das Volk zu täuschen und über den Ernst der Lage im unklaren zu lassen.

Einmal folgen sie Inflation, dann Deflation, dann Abwärts, dann Abwärts.

Heute jammern sie: Weltwirtschaftskrise.

An allem sollen die Fremdwörter schuld sein.

Glaub es ihnen nicht, Volk! Die Männer des Systems verbeden damit nur ihre eigene verbrecherische und korrupte Unfähigkeit. Sie schmieren die süßen Biet um den Mund, besonders wenn es zu Wahlen geht. Dann werden sie um deine Stimme; aber, wenn du, Volk, von deiner Not und von deinem Elend spricht, dann will es keiner gewesen sein.

Systeme dürfen niemals dann beseitigt werden, was sie versprochen, sondern nur danach, was sie halten. Sagt den Parteien des Systems, die vierzehn Jahre lang die Macht und die Verantwortung in der Hand hatten, sie sollten nicht soviel von der Zukunft reden. Wir wollen nicht wissen, was sie tun wollen, wir wollen wissen, was sie getan haben.

Aber dann ist Schweigen im Walde

Dann verkommen mit einem Male die lauten Phrasendrescher und werden klein und häßlich. Mit freier, eiserner Stirn stehen sie mitten im Zimmerfeld der deutschen Wirtschaft, rings um sie herum liegen die Leichen der Millionen, die durch ihre Politik zerbrochen wurden. Die Schornsteine rauchen nicht mehr, und die Hochöfen sind erloschen. Die Straßen der großen Städte, er muß sie zu Schlenderwegen wegschleppen, um Geld in die Hand zu bekommen.

It das ein Staat, der solches zuläßt und herbeiführt?

It das ein Regierungssystem, das nicht die Kraft und die Fähigkeit hat, diesen Zustand zu ändern?

Nein und tausendmal nein!

Diese fetten Parteibonzen, die vierzehn Jahre lang Zeit hatten zu zeigen, was sie können und vermögen, die aber nicht anders zu Werke traten, als den Ruin der Wirtschaft, die Arbeitslosigkeit des Volkes und den Hunger der Massen, sie haben ausgespielt.

Sie haben heute vor dem Anlagegericht des Volkes und müssen sich verantworten für das, was sie uns angetan haben.

Gut sie heraus aus der Nacht!

Stoppt ihnen das Augenmauerwerk!

Kein Wort mehr wollen wir von ihnen hören!

Weg damit und ab damit!

Das deutsche Volk ist entschlossen, neue Wege zu gehen.

Wir erheben unsere Hände und rufen:

Alle wählen Nationalsozialisten. Liste 2

Slucht aus der SPD. Tatsachen in Zahlen

Der deutsche Arbeiter bemerkt sich

Die Wochenzeitung der NSD, das „Arbeiter-Kamp“, veröffentlicht aufsehenerregendes Material über den organisatorischen Zusammenbruch der SPD. Wir geben den Artikel in folgenden Wörtern. Zu berücksichtigen ist, daß zu dem in diesen Ausführungen nachgewiesenen zahlenmäßigen Rückgang noch die innere Zersplitterung der SPD durch Kämpfe, Vorkriegsfeindlichkeiten und Richtungsstreitigkeiten kommen. Wir behalten uns vor, zu gegebener Zeit noch weiteres Material zu veröffentlichen.

Die Kommunistische Partei gibt sich nach außen hin immer den Anschein einer Massenpartei. Wenn man den verlogenen Phrasen der „Roten Fahne“ glauben wollte, wäre die Kommunistische Partei die Partei der revolutionären Arbeiterschaft, neben der überhaupt keine andere aufkommen könne.

Wie es in Wirklichkeit mit den „Massen“ der Kommunistischen Partei und Anhänger steht, haben eindeutig die Wahlen zum Preussischen Landtag und den anderen Länderparlamenten, besonders Oldenburg, gezeigt. Wo es der SPD nützlich gelang, die Stimmenzahlen der kommunistischen Kandidaten zu erhöhen, so daß sie zum ersten Reichspräsidentenwahlkampf zu erreichen, geschweige denn zu überbieten, sondern nur eben den Stand zu halten, den sie 1928-29 schon einmal innegehabt hatte.

Besonders schmerzhaft in dieser Beziehung ist das Beispiel Oldenburg, wo die SPD zum ersten Male in der Geschichte der deutschen Länderparlamente die absolute Mandatsmehrheit erringen konnte.

Die SPD hingegen zum Range der deutschen nationalen Splittergruppe

degradiert wurde und den dritten Teil ihrer Mandate verlor.

Die Tatsache ist umso wichtiger, als die Kommunistische Partei in ländlichen Bezirken nach den Preussischen Wahlen gewisse, wenn auch geringe, Erfolge verzeichnen konnte.

In Oldenburg nahm die Differenz zwischen dem Gesamtmandatsstand als auch dem Zentrum Mandate ab, ein fünfziges Beispiel dafür, wie tief

Einbruch Hitler's in die Front der roten und schwarzen Arbeiterfeinde

ist, von der der „Vorwärts“ nach den Preussischen Wahlen eingestehen mußte, sie wäre eben selbst keine „Front“ mehr!

Zeigten die Wahlen eindeutig die ideologische Spaltung der Kommunistischen Partei, so hat der sogenannte „günstige Wind“ uns einige Unterlagen auf den Schreibtisch geweht, aus denen einwandfrei auch die organisatorische Spaltung der SPD hervorgeht.

Wir sind genau unterrichtet über die Mitgliederzahlen der SPD in den Kommunistischen Partei vom 1. 4. 1931 und kennen die Zahlen der Neuaufnahmen bis zum Ende des Jahres 1931.

Aus der Addition dieser beiden Zahlen ergibt sich ganz genau die Mitgliederzahl, die die SPD am Ende des Jahres 1931 eigentlich haben mußte.

Da unser Material auch den tatsächlichen Mitgliederstand der SPD am 31. Dezember 1931 angibt, können wir aus der Differenz beider Summen ungefähr feststellen, wieviele „Genossen“ wieder aus der Partei ausgeschieden sind.

Wenn man den Soll-Stand vom 31. 12. zugrunde legt, so steht fest, daß fast 35 Prozent der eingeschriebenen „Genossen“ in knapp dreizehn Jahren der Partei des Arbeitererrats den Rücken gekehrt haben!

Es müssen unter diesen Ausgeschiedenen natürlich viele alte Parteigenossen der SPD sein, die inzwischen den Verrat dieser unter ihrer Führung stehenden Partei am wahren Sozialismus und den Belangen der Nation erkannt haben.

Nicht geringen Anteil an diesem katastrophalen Rückgang der Sozialpartei haben durch Entlassung der kommunistischen Eigenpropaganda die Kämpfer der NSD, die in vorderster Front gegen den arbeitserfindlichen Betriebsmarginalismus stehen.

Wie sehr die NSD in die Front des Gesamtmarxismus

eingedrungen ist, zeigt die Tatsache, daß es der SPD nach dem uns vorliegenden Material nicht gelungen ist, nennenswerte Massen entlassener ehemalige SPD-Mitglieder aufzunehmen.

In den nachfolgenden aufgeführten Monaten war der prozentuale Anteil ehemaliger SPD-Mitglieder an der Gesamtzahl der neu aufgenommenen Mitglieder folgender:

Im Juli	in 22 Bezirken	849	gleich	4,3	Pst.
Im August	in 21 Bezirken	656	gleich	3,1	Pst.
Im September	in 20 Bezirken	666	gleich	4,1	Pst.
Im Oktober	in 19 Bezirken	668	gleich	2,9	Pst.
Im November	in 21 Bezirken	601	gleich	3,0	Pst.
Im Dezember	in 22 Bezirken	517	gleich	3,1	Pst.

Verzweifelte Anstrengungen hat die SPD gemacht, in die bäuerlichen und kleinbürgerlichen Schichten unseres Volkes einzudringen.

Bezeichnend ist, daß in dem uns zur Verfügung stehenden Material nichts über den prozentualen Anteil bäuerlicher Volksgenossen an den Neuaufnahmen gesagt wird.

Die „Erfolge“ des sogenannten „Vauern“-programms der SPD dürften demnach organisatorisch gleich Null sein.

Gegenüber sind die Angehörigen in den Aufnahmen seit Juli 1931 gefordert registriert. Der prozentuale Anteil an der Gesamtzahl der Neuaufnahmen war in folgenden Monaten:

Juli	in 18 Bezirken	130	gleich	1,2	Pst.
August	in 17 Bezirken	67	gleich	0,6	Pst.
September	in 18 Bezirken	68	gleich	0,8	Pst.
Oktober	in 19 Bezirken	150	gleich	0,6	Pst.
November	in 19 Bezirken	93	gleich	0,5	Pst.
Dezember	in 14 Bezirken	62	gleich	0,5	Pst.

Es ist der SPD trotz gewaltiger propagandistischer Anstrengungen nicht gelungen, in der Angehörigen-Schicht Fuß zu fassen.

Auffallend ist der verhältnismäßig starke Anteil des weiblichen Geschlechts an den Neuaufnahmen, worüber uns seit dem Mai 1931 Angaben vorliegen.

Demnach ist der Anteil der Frauen an den Neuaufnahmen in die Kommunistische Partei:

Mai	in 23 Bezirken	1492	gleich	12,1	Pst.
Juni	in 20 Bezirken	1818	gleich	12,5	Pst.
Juli	in 22 Bezirken	2162	gleich	10,9	Pst.
August	in 21 Bezirken	1893	gleich	13,1	Pst.
September	in 21 Bezirken	1498	gleich	12,3	Pst.
Oktober	in 19 Bezirken	2397	gleich	13,2	Pst.
November	in 22 Bezirken	2929	gleich	13,9	Pst.
Dezember	in 24 Bezirken	2763	gleich	13,4	Pst.

Aus dieser Aufstellung ergibt sich, daß es der SPD zweifelsohne gelungen ist, gewisse Anhänger innerhalb der weiblichen Volksgenossen bei der Etage zu halten und organisatorisch zu erfassen.

Die gemeine Lüge, die Frau würde unter Hitlers Führen nur „die Zuschüsse des Dritten Reiches“ sein, hat ihre Wirkung offenbar auf manche Frauen nicht berührt.

Gier muß der Nationalsozialismus mit seiner Agitation in den Betrieben einziehen und sich den Problemen, die speziell die im Dienst stehenden Frauen betreffen, annehmen, wie es bisher zumeist, dann werden auch der sozialistischen Agitation unter den Frauen Grenzen gesetzt sein.

Hier veröffentlichen wir Zahlen, die einwandfrei die organisatorische Spaltung der SPD zeigen und die Tatsache, daß eine wahre Massenflucht aus der Partei des „sozialistischen Arbeitererrats“ eingeleitet hat, erkennen lassen, beziehen sich nur auf die letzten 9 Monate des Jahres 1931.

Wie muß die SPD, erst nach dem Wahlen der Reichsländerparlamente und den weiterhin Mißerfolgen in Preußen und den anderen Ländern ausweichen?

Es wird aufgeräumt!

Ein Blick auf das neue Anhalt

Ueber das neue Anhaltische Ministergesetz bringt die marxistische Presse eine Darstellung, die treffend zeigt, wie sehr sie mit der Wahrheit auf gespanntem Fuß steht.

Man kann natürlich sehr gut verstehen, daß den Herren Sozialdemokraten die Herausgabe der Ministergehälter in Anhalt hart in die Glieder gefahren ist.

Unter dem Motto „Nazis schreiben SPD-Gesetz ab!“ wollen sie den Anstößen erwidern, als ob die nationalsozialistische Vorgabe eigentlich sozialdemokratischen Ursprungs wäre. Weshalb

haben sie denn dann ihren Ministern Deft und Weber die schönen hohen Gehälter der letzten Jahre nicht längst gekürzt? Jetzt helfen keine launen Ausreden mehr, jetzt konveniert nur, daß ein Ministerium auch mit weniger Kostenaufwand regieren kann.

Die Wahrheit auf den Kopf stellen heißt es, wenn durch die Bekämpfung des „Minister der Reichsregierung“ ein um ein Drittel höheres Gehaltsgeheimnis als die höchsten Beamten erhalten, der Anstehen einer erheblich eingeschränkten Sparbarkeit erweist werden soll. Zahlen sprechen anders.

Die alte Regierung kostete:

Gehalt des Ministerpräsidenten a. D. Deft	19 000.—	RM
gehobener Wohnungsgeldzuschuß neben der „freien“ Amtswohnung von 21 Zimmern	1 800.—	RM
Wert dieser „freien“ Amtswohnung	5 000.—	RM
Der proletarier Deft kostete dem Steuerfiskus also:	25 800.—	RM
Gehalt des Ministers a. D. Weber	18 000.—	RM
Wohnungsgeldzuschuß	1 800.—	RM
beide Minister zusammen also	45 600.—	RM

Demgegenüber Gehälter der beiden Minister Freyberg und Dr. Knorr auf. 24 000.— RM, Wohnungsgeldzuschuß zusammen 4 800.— RM, insgesamt: 28 800.— RM, ergibt eine Ersparnis von 16 800.— RM.

Ferner mit Herr Ministerpräsident Freyberg nicht in 21 Zimmern „wohnen“

wie der sozialdemokratische „Arbeitervertreter“ Deft, sondern sich mit erheblich weniger Raum begnügen und die übrigen Zimmer werden für die Arbeiterbewegung dienen. Besonders wichtig für uns ist aber die unzulässige Befestigung, daß der frühere Ministerpräsident eine solche Dienstwohnung als Amtswohnung innehatte, die h. h. wurde ihm auf Staatskosten mit freier Licht und freier Heizung gewährt, und darüber für diese „freie“ Amtswohnung und neben seinem Gehalt noch einen Wohnungsgeldzuschuß von 1800 RM, bezog. Eine Wohnung von 21 Zimmern mit freier Licht und freier Heizung — wahrscheinlich wird auch noch auf Staatskosten die notwendige Hofstraßen für diese „freie“ Wohnung gestellt worden sein — kostet unter Brüdern eine Miete von jährlich mindestens 5000 RM.

Der „Proletarier“ Deft bezog also für Wohnungszwecke insgesamt 6800 RM, jährlich.

Es ist vollständig klar, daß die SPD glaubt mit dieser Methode die nationalsozialistische Aufräumarbeit in Anhalt miteinstreuen zu können. Dies war auch Sinn und Ziel der entstellenden Veröffentlichung des „Volksblattes“ über die Beratung des neuen Ministergesetzes im Haushaltsausschuß.

Und dieses Schauspiel werden wir noch öfters erleben, in Preußen, in Mecklenburg, im Reich. Dann nämlich, wenn der nationalsozialistische Befehl überall zum Gehraus angeht wird.

Datum ist es notwendig, stets sofort in dem Schlußpunkt dieser Denkschrift die Volksberechnung der Verantwortung für die Volksberechnung unter dem jähigen System wegen auferlegten Lasten. Das schaffende Volk der Zukunft und seine wird dann erst richtig erkennen, wie sehr ihm mitgeteilt wurde. Derunter die Missetat. Die Abrechnung erfolgt von Rechts und Volks wegen.

Sozialdemokratie als Judenschutztruppe

Jüdisches „Volksblatt“, Wien, im Juli 1930:

„Führen wir die Sozialdemokratie, wo es geht! Aber seien wir hiermit nicht vorsichtig, damit die breiten Massen es nicht merken, daß die Sozialdemokratie nur eine Judenschutztruppe ist.“

Die staatlichen Pflichten der Frau

In dem gewaltigen Wert des Wiederaufbaues unseres deutschen Vaterlandes geht es nicht nur um die Wiederherstellung von Frieden, Ordnung und Macht, sondern durchaus auch um einen Aufbau der inneren Lebenskräfte unseres Volkes und seiner höchsten Güter, um Heimat und Verd. Man weiß doch, wenn man dabei der staatlichen Pflichten der Frau den Vorrang gibt, durchaus nicht an irgend etwas Prinzipiell Neues im Wesen der Frau, Etwas des Volkstums zu sein und zu bleiben, das thymische Volkstums und thymische Treue hält. Das ist die starke Vorpostenstellung eines gesunden Gemeinheitslebens deutscher Frauen und Volkstums.

Die Umgruppierungen dieser staatlichen Volkspflichten werden in wirtschaftlicher und sozialer wie in geistiger Hinsicht bedeutsamerweise zu einem Teile durch die Vorgabe unserer Zeit bestimmt, durch das Verlangen einer Reihe von Kräften, die der Struktur unserer Staatlichkeit durch Krieges- und Nachkriegszeit verloren gegangen sind und natürlich hoch im allerinnersten Kern ihrer Lebens- und geistigen Tragkraft für die Psyche unseres deutschen Volkes liegen. Gerade deshalb gilt der Ruf im organisationsreformatorischen Sinne durchaus dem geistigen Willen der Frau

als Führerin unseres Familienlebens. Gestützung, Achtung vor Pflicht und Beruf und die willige Unterstellung des Einen unter das Ganze ist das Symptom unserer deutschen gesunden Familienkraft, und wie diese oder doch eben finden soll, so hat die Frau auch die Berufung dazu, aus dem engeren Kreise der Familie heraus die Aufbaumomente sozialer Existenz zu erweitern in den Staatsbau zu tragen. Das ist ein Ethik Kulturbefahrung aus dem staatlichen Pflichten unserer Frauen.

Schon in der Familie lernt die junge Kraft der nächsten Generation die gesunde Lebensweise einer geordneten Staatlichkeit kennen, wenn die Mutter ihre Kinder dazu erzieht. Das Gesetz der Unterordnung des Kleinen unter das Große, das zur Einfachheit zwingende Bedürfnisfinden der sozialen Gemeinschaft als Wirtschaftskraft, die Verteidigung ethischer Lebensbedingungen und das Bewußtsein der Anerkennung der Leistung und Führerschaft einer Moral, die unumstößliche Vorrechte, Friedfertigkeit nur aus dem tiefen Friedenwillen, Nachgiebigkeit nur aus purer blauer Schwäche heraus, sind selbst im einfachsten Familienbegriff durchaus von Natur aus, also gleichsam aus der Konstitution des Familienbegriffes heraus, zwei völlig ungetriebene Begriffe. Denn erst ein mannhafter Widerstand, die kluge fähige Unfertigkeit sind Kräfte gegen das Unrecht der Zeit oder der Gesellschaftlichkeit, die uns umgibt, und je früher man das Gesetz der Moral einer durchaus nicht willkürlichen Preisgabe seiner

zufehenden Rechte im Sinne der Wertung des Gleichgewichtes erkennt, je mehr verpflichtet und der gesunde Familienbau zur Wiederherstellung an Staat und Volk. Hierfür müssen Frauen Eifererinnen und Horterinnen sein und alle Kräfte einsetzen, zu dieser Stärkung hinzuzuführen.

Darum muß der Familieneifer durchaus die Vorstufe zum Staatsrecht werden; denn Staatsgeist ist nicht mehr als ein Familiengeist, dessen gesunde Pflege mit Recht als der sozialste Familieneifer, aber auch als die sozialste Verpflichtung der Frau in ihrer Berufung als Volksgenossin angesehen werden darf. Das Gefühl einer gerade selbstverständlichen Verpflichtung des Kindes kann einer Gemeinlichkeit gar nicht fern sein, und es ist nach dem, was das Leben das junge Geschlecht in die staatliche Richtung der Gemeinlichkeit einleitet. Keine Gemeinlichkeit ist im des Individuums willen da, sondern erst im Wohlstande einer untereinander an Normen gebundenen Gemeinlichkeit genießt auch das Individuum als Glied eines Organismus dessen lebendige Kräfte voll und ganz. Das muß die Erziehung in der Familie vermitteln zu lehren wissen, dann erst steht es wohl um die Pflicht im Staat.

Denn nur das Pflichtgefühl einer unbedingten Zusammengehörigkeit aller völkischen und sozialen Schichten führt hin zum Grundbegriff „Staat“ und kann durch die Pflicht der staatlichen Wirtschaft und Lebensgeistes auf dem Aufeinander-

Angewiesensein in der Familie die Lebensbedingungen des Staates sichern. Gewiß steht jede Forderung eines derartigen Einheitsgedankens sinnvolle Einfachheit, Zügelung und die Segnungen eines gesunden Verstandes voraus; aber die Frau hat jedenfalls alle Mittel in der Hand, durch die Erziehung aus dem Engen ins Weite zu führen und so von Schlichtung zu Schlichtung einen Robert zu bereiten, auf dem das Staatsgut gebunden steht aus einem anregenden Familienleben. Die Familie ist also die Trägerin jeder gesunden Staatlichkeit, und Führerin zu dieser wird die Frau. Die geistige Haltung ist mehr wert als hundert soziale Maßregeln; und Volks- und Familieneinigkeit sind die Segnungen des Lebens der Völker und des Völkertums der Lebenskraft.

Selbst die Idee des sozialen Ans- und Ausgleiches soll aus dem Gerechtigkeitsbegriff der Frau im Familienbegriff verankert werden. In dieser Ausgleichung läßt sich ein Kampf gegen das Unrecht nicht immer umgehen; aber die Mittel dieses Kampfes sollen eine solche Einfachheit zeigen nicht unumwundelt selbstigliches Streben. Denn der Zweck heiligt durchaus nicht jedes Mittel, wenn einer Idee zum Siege verholfen werden soll. So liegt es wenigstens im Wesen des deutschen Menschen; der deutsche Wirtschaftsidee, des deutschen Staates und damit im Wesen des staatlichen Pflichtbegriffes der deutschen Frau am Wiederaufbau von Heimat und Volk.